



DER AUFSTAND

für eine Gesellschaft der Gleichen
und Generalamnestie für Alle!

Ausgabe 14/21

04.04.2021

**Warum sollen Gesunde
beweisen, daß sie
gesund sind?
Politiker müssen
vielmehr beweisen, daß
sie nicht korrupt sind...**

Die ehemalige Villa vom Ex-US-Botschafter Grenell in Dahlem ist Spahns neues zu Hause.

Schön, dass sich harte, ehrliche Arbeit doch noch zu lohnen scheint! 😎

Daher jetzt nur keine Neiddebatten, brav die Maske tragen, den Gürtel enger schnallen, die Fresse halten und wichtig, ganz wichtig, solche Herrschaften immer wieder wählen, damit es ihnen weiterhin gut geht!



HEISE.DE

Gerichtsverfahren gegen Assange:
UN-Beauftragter spricht von "Hexenprozess"



An unsere Leser!

Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei unter:

<http://deraufstand.wihuman.de/> oder

<https://debattenraum.eu>

kostenfrei herunter geladen und frei verwendet werden.

Jeder Leser kann über die Email-Adresse

gdg-deraufstand-abo@wihuman.de Artikel einreichen.

Wochenzeitung

Creative-Commons-Lizenz



IMPRESSUM V.i.S.d.P.
 Herausgeber: Holger Thurow-Nasinsoi
 Redaktion: gestellt von „Gesellschaft der
 Gleichen“ (GbR), Tel.: 0171-2080710
 Anschrift: Reclamstr. 30, 22111 Hamburg
 Email: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de



Kanal zur Unterstützung aller Widerständler!

WIR unterstützen und koordinieren euch so gut es geht! Eure Bilder/Medien von Aktivitäten gerne in die Gruppe zwecks sofortiger Veröffentlichung und Weiterleitung.
<https://t.me/kanalwiderstand>

Offene Versammlung

der GdG In Kooperation mit

Thorsten und Guido

jeden **Dienstag**

um **20:00 Uhr**,

Ort: **Zoom-Meeting**



Themenfelder:

- Gesundheit, - Ökonomie,
 Demokratie, Medien sowie Krieg
 und Frieden

Du bist interessiert?

Informiere Dich bei

Guido unter 0391 50549965

oder

Ralf 0176/23470736

Wir unterstützen Dich gerne technisch!



www.debattenraum

Das politisch unabhängig
 moderierte Forum, bewegungs -
 übergreifend,
 außerparlamentarisch.

**Schule der Philosophie
 für eine
 humanistisches
 Gemeinwesen**

Philosophie für die Interessen der
 Lohnabhängigen für

Volksherrschaft und Besitzrecht

www.wihuman.de

  Gruppen 	
Facebook – Verteiler – für „Der Aufstand“	
Stand: 04.04.2021, 12.00 Uhr	Mitgliederzahlen:
Magdeburg leuchtet	15
Bürger Komitee Berlin	16
fridays gegen Altersarmut	17
Bundestagswahl 2021 zum 20. Bundestag	18
Gelbe Westen HH	23
Kooperative Basisdemokratie	24
Magdeburger Friedensfestival 2021	26
Einkommen muss zum Leben reichen	28
Aufstehen für Demokratie	32
Aufstehen Hagen (NRW)	33
Fairer Austausch öffnet die Türen zum Wir	38
Schweigemarsch Hamburg	39
Aufstehen Selbstbestimmte Bewegung	41
Ulrick. Meinhof & Andrea Baader	41
Widerstand 2020 Gesundheit	41
Gelbwesten Deutschland	42
AKL Hessen (Antikapitalistische Linke)	44
Verbunden trotz Trennung	44
Aufstehen Diez – Limburg	45
neues Sozialsystem	46
Manifest des Wohlstandes für alle	46
Seehofer muss zurücktreten	47
Gelbwesten/#aufstehen München	49
aufstehen bundesweit – Ortsgruppen Info	50
Gegen Medienhetze u. g. Rassismus	51
aufstehen - die Sammlungsbew. Bayern	51
Notbremse 2021	52
Miltenberg Freiheitsboten	52
Aufstehen, bewegen und ändern	53
Kochen & Freunde	56
Aufstehen Erzgebirge	57
Schluss mit Ausgrenzung	57
AP=-21 wegmitdemmerkelregime	57
# SPD Erneuern	58
Aufstehen Bremerhaven	58
Bürger gegen Willkür	60
Antiimperialistische Linke	60
Dampf ablassen mit Niveau	61
Aufstehen Erfurt	62
Aufstehen brandenburg unabhängig	64
anarcho Front	65
Gelbe Westen Schweiz – Bern	65
Aufstehen Braunschweig/Harz	65
Gelbe Westen Deutschland	66
Politik u. Zeitgeschichte systemkritisch	66
Aufstehen Lübeck und Umgebung	67
Aufstehen f. Demo. und Menschenrechte	67
Die fitten Alten	67
Aufstehen Berlin Treptow-Köpenick	69
Bundesweit für Menschenwürde kämpfen	70
aufstehen Oldenburg	70
aufstehen basis stammtisch	71
open SPD	72
Linkes – Forum – Ostfriesland	72
Viva la Revolution Deutschland	72

Menschen mit Behinderung kämpf.f. d. Klima.	72
Free Julian Assange Ulm	74
Gemeinsam sind wir stark	74
Menschenpartei	74
Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen	75
Antikapitalistische Linke 2.0	76
Hotspots – Die Gr. Inland u. Ausland	78
Menschenrecht auf Wohnen	80
Aufstehen Witten (NRW)	80
Gelbe Westen Schweiz-Zürich GJ	81
Free Assange Ulm	85
Internationale Anti-NWO Alliance	82
Aufstehen Osnabrück (Niedersachsen)	82
Anarchistic Academy	83
Free Julian Assange Startnext	86
Aufstehen Bayern unzensiert	86
Freie Gelbe Westen UNNA/KAMEN	87
Gelbe Westen Brandenburg	90
Aufstehen-Hessen	91
linkes Forum in Cuxhaven	91
Für soz. Gerecht. in SH aufstehen	95
Aufstehen Koblenz	98
Lorsch und die Welt Mensch Umwelt	99
Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	4.548
Organisation Bündnis für Frieden	100
Selbstbestimmung statt Staatsmedizin	100
Aufstehen Rheinisch-Bergischer-Kr.	101
Gelbe Westen Hamburg	105
Aufstehen Stammtisch systemkritisch	108
Gesprächskreis Regensburg der Nach...	111
Menschenrecht auf Frieden	114
Gelbe Westen Mönchengladbach	115
Aufstehen von unten	118
Aktiv gegen Rechtsbeugung	119
Die Basis Sachsen-Anhalt	121
Anti Corona Bilder und Witze	125
Linke SPD Friedensbewegung	128
Bundestagswahl 2021	129
KenFm-Nur für Systemkritiker (Innerer C.)	133
GJ Aix-la-Chapelle	134
Zielstation Gemeinwohl	135
Linke Fraktionen	140
Open SPD-Quo Vadis SPD?	144
Gegen Rechts- Bunt statt Braun	144
Freiheitsboten Thüringen	144
Gilets jaunes/Gelbwesten – Soli m. fr. GJ	145
Kom. Plattform der LP in Wiesbaden	147
Stoppt defender 2020	151
Globale Demokraten Union	156
Miltenberg Freiheitsboten	157
Aufstehen Aktionen	157
Freidenker	165
Gr. f. Frieden und soziale Verbesserung	168
Gegen Netz DG, die Zensur u. Unberecht.	169
BT – Wahlboykott 2021	176
aufstehen Mecklenburg-Vorpommern	177
aufstehen Würzburg und Umgebung/Bayern	177
G.J. Germany	178
APO-21-allesstaatsgewaltgehtvonvolkaus	178
Bremen gegen Armut	180

Gegen Krieg und Kriegsprovokationen	181	Ich lass mich nicht impfen	305
Wir sind Deutschland weltoffen und tolerant	182	Gegen-Tagesschau-Heute	315
Aufstehen Schleswig-Holstein	184	Corona Diktatur 2.0	317
Linkes Diskussionsforum	187	Antifa Kommunikations Gruppe	320
Liberales Forum	187	„Querdenken 221“ – Gruppe	322
die Basis	187	Pax Terra Musika – offiz. Suporter/Helfer	331
Dem Kapitalismus die rote Karte zeigen	188	Freedom for Julian Assange	333
Kampf gegen Rassismus auf FB	189	Freedom for Julian Assange News	334
Schildwall gegen Rechts	192	Ukrainski Legion	336
gemeins. Gegen Armut u. soz. Ausgrenzung	193	Widerstand 2020 Rheinland Pfalz	341
Liebe für alle – Licht... - Frieden...	194	Aufstehen – Die rote Karte für die BRD	343
anarchistische Front	195	Marxistisches Forum	347
Aufstehen Stuttgart (Baden-Württemberg)	198	Widerstand 2020 Friedensbewegung	350
Montagsdemo Potsdam	200	anarcho Front	354
Internationale Friedensfabrik Wanfried	203	Grundlagen der Theorie und Praxis	355
Gelbe Westen – Karlsruhe Steh auf	205	Free Assange II	356
Demo f. d. Frieden u. d. Völkerrecht	207	Rentner – Initiative – Berlin	356
International Anti-NWO Alliance	209	Deutsch-Russische Freundschaft	357
Wir sind Deutschland	210	Europa gewinnt!	359
Eigentum ist Diebstahl	215	Linke gemeinsam gegen Rechts	365
Aufstehen Arbeitsgruppe Grundeinkom.	216	Demokratie in Europa	372
Forum Sozialdemokratische Basisini	221	Widerstand Jetzt	383
Aufstehen Bremen	223	Philosophen für den globalen Frieden	392
Aufstehen Emden	225	Der Rassismus gegen das eigene Volk	395
Der Rassismus gegen das eigene Volk	226	Gelbe Westen Heilbrohn 2.0	396
Altersversorgungskasse	227	SPD Friedensbewegung	399
Aufstehen Düsseldorf	234	Linksfraktionen 2.0	401
Fridays gegen Altersarmut	234	Gelbe Westen	419
Antifaschist. Regionalbahn Leiserberge	236	richtig Links	424
gelbe Westen für Deutschland SH	237	Gelbe Westen Nürnberg Land	425
Aufstehen Selbstbestimmte Bewegung	237	Menschenrechte in der Welt	442
Wir können selbst denken	238	Gegen Rechts	456
Wir wollen den Rausschmiss von Verkehrsm.	240	Obdachlos: Was nun = Flüchtling im eigen	465
Gelbe Westen Hessen	242	Antifa vereinigt euch!	476
Gegen die neue Weltordnung	243	Demokraten gegen Rechts	488
Free Julian Assange – Take Action	244	#SPDerneuern	498
Bündnis gegen Rechts (BGR)	244	Gelbe Westen Schweiz – GJ	501
Deutschland macht dicht # Hessen	244	Aufstehen gegen Altersarmut	502
Bohemia	247	HAPPEACE	504
Unruhe Stiften! Künstlich	248	Aufstehen bundesweit inoffiziell	522
Hamburg4Assange	248	Jennys Wohnzimmer	529
„Linker Aufbruch“ - Gruppe	248	Facebook gegen Rassismus	534
Wir brauchen eine gerechte Welt	253	SPD neue Netzpolitik	543
„Neue Linke“ - Gruppe	256	Freidenker	560
Corona Rebellen gegen Zwangsimpfung	259	Netzwerk für Frieden und Gerechtigkeit	569
Antikapitalistischer Widerstand	263	Aufstehen für soziale Gerechtigkeit	576
Gegen die neue Weltordnung	264	FREE JULIAN ASSANGE	603
Fantory=Fantasy+History	264	Schluss mit dem Wahnsinn!!!	617
Ende mit der politischen Verdummung ...	265	Gem. gegen Kinderherausnahme	624
„Rentner Betrug in Deutschland“ - Gruppe	267	Gegen Rassismus und Rassistische Präsenz	648
Nachrichten aus aller Welt	270	# Stay Awake Bamberg	656
Direkte Demokratie in Deutschland	273	Aufbruch in die Zukunft	662
Aufstand	273	Oder-Neiße-Friedensgrenze	674
Linke Geschichte(n)	274	YouTube Deutschland 2021 Promotion	680
Aufstehen Stammtisch	276	Friedensbewegung Forum	689
Bundesweite Gemeinschaft f. eine soli Gesell.	284	Offenes Friedensforum	704
Gelbe Westen	284	Das Volk sind wir	712
Querdenken Berlin	289	Teachers for Future Germany	730
Aufstehen f. soziale Gerechtig. und faire Arb.	292	Protestiert gegen AFD&Co überall	731
Nortorf Presse	296	Kap.- Nein Danke! 88% wollen einea.W.	731
AKL Antikapitalistische Linke	305	Krüppel – Aufstand	736

Friedensbewegung	742	Coronaregeln nein Danke	2.094
Demokratischer Neustart	755	Deutsch RAP 2021	2.198
Nothing stopping us now“ were on the mo	758	Querdenken - 40 Hamburg	2.220
DIE LINKE NRW Diskussion Forum	761	Gemeinsam gegen die neue Weltordnung!!!	2.336
BRD-Unrecht 2.0	763	Colorful Germany	2.336
Hamburger Künstler vereinigt euch!	788	Ohne Masken - Gegen die Maskenpflicht	2.239
Frieden in einer Welt	797	Frieden Rockt Schweiz (offizielle Gr.)	2.357
Gemeinsam gegen die neue Weltordnung	822	Gelbwesten Deutschlands – Gilets Jounes	2.386
NEUSTART für EUROPA	823	Polityka	2.390
Gelbe Westen Aktiv Baden-Württemberg	834	gegen die Corona Diktatur in Deutschland	2.399
Respect for Futur	845	Freidenkerforum – private Gruppe	2.411
Wirtschaft & Gemeinwohl	853	Gemeinsam Stark gegen Zensur u. d. NWO	2.469
Berlin – Brandenburger Landespolitik	860	Bedingungsloses Grundeinkommen	2.515
Freie Medien	864	Ken FM 2.0	2.559
anarchistische Gemeinschaft	873	Wir: „Rentner“ gegen Altersarmut!	2.611
Liga für den Frieden	886	Deutschland 2020 – mediale Massenverblö.	2.644
Kampf für die Freiheit	892	GVAG	2.669
Grundgesetzschutz-Runder Tisch 2020	900	Aufstehen in Gelbwesten!	2.736
Connected Nurses-Pflegekräfte Europas	906	Linker runder Tisch	2.821
Jemen der vergessene Krieg	906	Freie Presse-Freie Meinung-unzensiert!	2.828
Wir helfen Corona Isolierten	914	Corona & Witze	2.883
Gesellschaft_aussterbenden_Wissens	940	Julian Assange ... Events, Petitionen	3.102
Europe yellow west Protest	941	Hier spricht das Volk	3.216
Verschwörung oder nicht/Nachrichten	960	Linksfraktion	3.386
GJ Grenzland D/B/NL/FR Art+Artist	983	Verschwörung in Theorie und Praxis	3.486
„Frieden Total“ - Gruppe	984	Gelbe Westen für Deutschland	3.546
Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	75.829	Antifaschistische Musikgruppe	3.567
für Linke	1.006	KenFM – Diskussionsgruppe	3.609
Gegen unverhältnismäßige Corona Maßn.	1.006	Selbstbestimmung und Wahlfreiheit	3.652
Die Welt wird belogen und verkauft	1.010	Antikapitalism	3.702
Lasst die Masken fallen	1.029	Rückkehr zur Menschlichkeit	3.706
Wir sind das Volk !!!	1.057	Friedenswerkstatt Hamburg	3.730
Die Mitfahrgelegenheit für Antifa. Demo.	1.072	Eltern gegen Maskenpflicht	3.836
S.A.W- Save A World	1.099	Deutsch-Russische Freundschaft	4.018
Proletarskoe	1.128	Die Anstalt – Eigentlich seid ihr ...	4.140
Frieden in der Welt	1.143	Connected nurses – Pflegekräfte Europas	4.359
Anarchie ist unvermeidbar	1.169	Corona Rebellen	4.417
Gemeinsam gegen Nazis	1.174	Free Assange and Manning Events	4.550
Aufwachen	1.206	Corona – Wahnsinn	4.781
Forum	1.216	Wir gegen Altersarmut	4.938
Weg aus Deutschland	1.222	Wir für Deutschland-wir sind das Volk	4.968
Nein zu kranker Politik	1.232	Die Wahrheit liegt auf der anderen Seite	5.012
Das Glück der Kinder	1.239	POSITIVE Nachrichten und SCHÖNE	5.246
Stopp das System – Wir sind das Volk	1.270	Unsere Welt leuchtet	5.530
Direkte Demokratie auf Bundesebene	1.368	Nationale Befreiungsbewegung Deutschland	5.782
Fanpage FaF	1.388	KenFM Nur für Systemkritiker ADMINS	5.998
Party der dummen Wähler (PddW)	1.401	Unidet 4 Julian Assange	6.295
aufstehen-Gelbwesten (GJ)	1.409	Stay Awake für Freiheit und Selbstbestim.	7.169
Widerstand 100	1.479	Adode esta la flor?	9.126
DEF 2021	1.571	Freiheitdergedanken	9.252
Gemeinsame Vernetzung	1.602	Gesamt Mitgliederzahl bis hier:	311.599
Corona Diktatur	1.627	Freie Presse	12.187
Mund auf trotz Mundschutz	1.648	ARD und ZDF und ihre neol. Lügenm.	15.102
Ideologiefreie Gruppe	1.702	Travame na Zruseni	16.867
Die Wahrheit hinter den Illusionen	1.780	Free Julian Assange	19.452
Progressives Linksspektrum	1.799	Gelbe Westen deutschlandweit	21.189
Wissensmanufaktur	1.807	Connected nurses – Pflegekräfte Europas	23.094
Wir beuten die Welt aus, wundern uns	1.932	Die Welt wird belogen und verkauft	36.501
Antifa – Grupo de Resistencia	1.961	Gesamt Mitgliederzahl:	450.015
YouTube Music 2021 Rap Hiphop Promotion	2.073		



Offener Brief und Angebot zur Vermittlung

1. April 2021 Offener Brief

Hamburg, 31. März 2021

an das Clubkombinat Hamburg FKP Skorpio, Karsten Jahnke und andere Aktionsbündnis der Hamburger Clubs

Liebes Clubkombinat Hamburg, liebe Konzertveranstalter und liebes Aktionsbündnis,

mit großer Besorgnis nehmen wir Ihre Offenen Briefe, Stellungnahmen und Forderungen gegenüber den Betreibern der Hamburger Clubs „Docks“ und „Grosse Freiheit 36“ wahr.

Wir sind der Vorstand des Hamburger Landesverband der Basisdemokratischen Partei Deutschland und haben uns unter anderem zum Ziel gesetzt, die offenen Debattenräume in unserer Stadt zu schützen, respektvolle Dialoge zu fördern und der Spaltung in unserer Gesellschaft entgegen zu wirken.

Wir sind davon überzeugt, dass Ihr derzeitiges Engagement der Sorge um ein demokratisches und offenes Miteinander entspringt, stellen aber gleichzeitig fest, dass Ihre Schreiben Falschdarstellungen enthalten.

So sind etwa Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen keineswegs beliebte Plattformen für Neonazis, wie eine aussagekräftige Studie vom Dezember 2020 überzeugend nachwies. *

Der Aufruf „Bewaffnet euch mit Wissen“ ist ein klarer Aufruf gegen Gewalt und nicht für. Und das „Bündnis der Ärzte, Anwälte und Psychotherapeuten für Aufklärung“ leugnet auch keineswegs schwere Covid-19-Verläufe. Die Mitglieder dieses Bündnisses benennen lediglich wissenschaftliche Fakten, die den Darstellungen über Covid-19 in den öffentlich-rechtlichen und führenden privaten Medien entgegenstehen. Und sie benennen die schweren gesundheitlichen Folgen der Corona-Schutz-Maßnahmen, unter denen bereits viele Menschen leiden.

Auch wissen wir nicht, warum Sie sich berechtigt fühlen, Medien wie „KenFM“ und „Reitschuster.de“ die Existenzberechtigung abzusprechen. Diese Medien halten sich

an den deutschen Presskodex, weshalb sie nach der deutschen Gerichtsbarkeit auch nicht verboten sind.

Die Androhung eines Boykotts finden wir mehr als bedenklich. Ihre Kollegen von „Docks“ und „Große Freiheit 36“ haben zu Recht betont, im Rahmen der öffentlichen Meinungsfreiheit zu handeln. Sie hingegen machen sich zu einer Art selbsternannter Exekutive, die mit wirtschaftlichem Druck Einfluss auf die vermeintliche Gesinnung Ihrer Kollegen ausüben will. Damit geraten Sie in gefährliche Schieflage zu den demokratischen Grundsätzen unserer Gesellschaft.

Nun haben die Betreiber von „Docks“ und „Grosse Freiheit 36“ ja auf Ihre Forderungen reagiert. Neben Stimmen, die sich den Maßnahmen gegenüber kritisch aussprechen, sind jetzt Zitate von Maßnahmenbefürwortern zu lesen. Doch dies scheint Sie noch nicht zufrieden zu stellen. Sie erklären öffentlich gesprächsbereit zu sein, de facto signalisieren Sie aber: Plakate runter, dann reden wir mit euch!

Wir alle erleben derzeit eine Situation, die viele Ängste hervorruft. Angst vor dem Virus, Existenzängste, von denen ja gerade die Kulturbranche betroffen ist, und die Angst davor, dass die Einschränkung unserer Grundrechte zur „neuen Normalität“ wird. Wir beobachten, dass vor allem jene, die sich um den Verlust unserer Grundrechte sorgen, immer wieder leichtfertig mit Rechtsextremen und Nazis gleichgesetzt werden. Finden Sie eine solche Gleichsetzung richtig? Wollen Sie wirklich eine Meinung, die sich im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegt, mit den schweren Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus vergleichen? Wäre das am Ende nicht sogar eine bedenkliche Verharmlosung der Nazi-Herrschaft?

Auch wir denken, dass es höchste Zeit für ein offenes Gespräch zwischen Ihnen und den Betreibern von „Docks“ und „Grosse Freiheit 36“ ist. Allerdings sollte ein solches Gespräch frei von jeglichen Forderungen verlaufen. Angesichts des Umstandes, dass sich nicht wenige Vereinigungen gegen die beiden Clubs positioniert haben, möchten wir unsere Vermittlung anbieten, um sicher zu stellen, dass wirklich beide Seiten ausgewogen zu Gehör kommen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unser Angebot annehmen.

Der Vorstand des Hamburger Landesverbandes

**Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Hamburg
Grindelallee 20
20146 Hamburg**

E-Mail: hh-lv@diebasis-partei.de



Unternehmer-Staat Deutschland: „Menschenrechte sind linke Ideologie“

23. März 2021 [Werner Rügemer](#) |

Die Unternehmerlobby agiert mit den Pandemie-Maßnahmen so enthemmt wie nie, mit Zugriff auf das Parlament und im Parlament – insbesondere die abhängig Beschäftigten werden weiter entrechtet und verarmt, mit und ohne Gesetze. Von **Werner Rügemer**

Bei jahrelangen Großstrafaten wie dem Cum-Ex-Steuerbetrug und dem Abgas-Betrug, Abgeordnete von CDU und CSU agieren als korrupte Pandemie-Geschäftemacher und die Bundeskanzlerin liest in Peking vom Spickzettel der Lobbyisten ab und empfiehlt das Betrugsunternehmen Wirecard – aber all das ist nur das leitmediengängige skandalisierte Gekräusel an der Oberfläche. Die Unternehmer-Lobby und ihr parlamentarischer Arm, unterstützt von noch mehr teuren Beratern – sie basteln immer unverschämter an einem autoritären Unternehmer-Staat, zulasten der abhängig Beschäftigten, der Selbstständigen und des kleinen Mittelstands. Wir konzentrieren uns hier auf die Lage der Beschäftigten, weil diese am meisten tabuisiert wird.

Keine Werkvertrags- und Leiharbeit mehr in der Fleischindustrie?

Weil die Regierungs-Virologen sich bis heute weigern, die Risikogruppen in der Arbeitswelt zu ermitteln, und weil es sogar in den am meisten gefährdeten Berufen und sogar auch während der Pandemie keine Kontrollen gab, brachen zum Beispiel in allen großen Schlachthöfen unter den osteuropäischen Fleischerlegern im Sommer 2020 Infektionen aus – plötzlich, massenhaft, katastrophisch, wie aus dem heiteren Viren-Himmel.

„Huch, das hat uns aber überrascht“, verlautete es unhörbar aus dem Regierungskrankenhaus Charité und aus dem Robert Koch-Institut.

Keine Leiharbeit mehr? Doch, da machen wir eine Öffnungsklausel!

Deshalb sollte der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Heil die extrem ausbeuterische und gesundheitsgefährdende Werkvertrags- und auch Leiharbeit in der Fleischindustrie verbieten, nach dem skandalgetriebenen, großspurigen Motto „Wir räumen jetzt auf.“

Aber das *Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz* vom 16.12.2020 lässt auf Druck der Lobby von Tönnies & Co – Tönnies ist im Hauptstandort NRW einer der großen Bspender der CDU – seit Januar 2021 mithilfe einer Öffnungsklausel doch wieder Leiharbeit zu. Hat es jemand bemerkt?

Und auch wenn die zum Teil mafiotischen Vermittler der bisherigen Werkvertragsarbeit nun formell keine Funktion mehr haben: Für die Schlachtarbeit werden unverändert weiter osteuropäische Migrantinnen gezielt gesucht und eingesetzt, auf Zeit – die erlaubte Leiharbeit dauert meist bis zu drei Jahren, also die schon bisherige durchschnittliche Dauer der Werkvertragsarbeit.

Betriebsräte wählen zu können, ist weiter nicht vorgesehen. Die staatliche Mindestkontrollquote beträgt 5 Prozent pro Jahr – also alle 20 Jahre einmal ein Kontrollgang pro Betrieb. Und auch das gilt erst ab dem Jahr 2026. Für die Massenunterkünfte sind jetzt „verbesserte Mindeststandards“ vorgesehen – also weiter keine normalen Wohnverhältnisse.

[1]

Tönnies hat für die Wanderarbeiter jetzt unternehmenseigene Massen-Unterkünfte eingerichtet – statt wie bisher bei den Vermittlern. Diese jetzt direkte und doppelte Abhängigkeit, die zeitliche Begrenzung der Beschäftigung und die Vertretungslosigkeit der Arbeiter machen die zusätzliche Ausbeutung weiter möglich.

Deutschland: Weiter der „Schweinestall Europas“
Tönnies&Co argumentieren: In Deutschland lassen sich für diese Arbeit keine deutschen Arbeiter finden. Das ist eine Lüge: In den Schlachthöfen des dänischen Schlachtkonzerns Danish Crown in Dänemark werden allermeist einheimische Arbeiter beschäftigt – sie sind sofort zu finden, denn sie werden „normal“ bezahlt und unbefristet angestellt.

Aber Danish Crown nutzt gern auch weiter die extremen Arbeitsverhältnisse im „Schweinestall Europas“ (*Handelsblatt*), nämlich den Standort Deutschland, zur Extra-Ausbeutung der osteuropäischen Migrantinnen, die aus ihrer heimischen Not entfliehen und sich stumm und ergeben für ein paar Monate oder Jahre der deutschen Extra-Ausbeutung unterwerfen. Deutschland – der „Schweinestall Europas“ unter der fürsorglichen „Mutti Merkel“.

Unternehmen von den Pandemie-Maßnahmen befreit

Die massenhaften, „überraschenden“ Infektionen in den Schlachthöfen passierten auch deshalb: Die Bundesregierung hat die Unternehmen vom Infektionsschutz-Gesetz ausgenommen. Erst ein halbes Jahr nach Beginn der Pandemie-Maßnahmen, am 20.8.2020, veröffentlichte das Arbeitsministerium, in der Öffentlichkeit weithin unbemerkt, die *SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel*: Weiter ohne gesetzliche Verpflichtungen für die Unternehmen, nur lasche Soll-Regeln, ohne staatliche und polizeiliche Kontrollen, ohne Sanktionen, alles freiwillig für die Unternehmer. [2]

Lockdown: 76 Prozent der Beschäftigten weiter im Betrieb
Durch Bilder leerer innerstädtischer Verkaufsstraßen und Polizeikontrollen in Parks simulieren staatliche und private Leitmedien einen allgemeinen Lockdown mit Home Office.

Aber selbst im scharfen zweiten Lockdown Ende Januar 2021 waren nur 24 Prozent der Beschäftigten – also maximal 11 von 45 Millionen – im Home Office, und dies meist nur teilweise, weil sie zwischendurch doch immer wieder, unterschiedlich häufig, in den Betrieb kommen müssen. Simulierter allgemeiner Lockdown: Aber 34 Millionen Beschäftigte schleichen scheinbar unbemerkt täglich in den Betrieb, auch in überfüllten Straßenbahnen und Vorortzügen.

NRW: nicht einmal 1 Prozent der Betriebe überprüft
Am 16.3.2021 gab NRW-Arbeitsminister Laumann im Landtag bekannt: Seit August 2020 sind 6.073 Betriebe auf die Einhaltung der SARS-Arbeitsschutz-Regel kontrolliert worden, in 40 Prozent der Fälle wurden Verstöße festgestellt, es wurden aber entsprechend der Regel keine Bußgelder verhängt. [3]

Die berichtenden Medien wie Die ZEIT gehen nicht auf die Größenverhältnisse ein: In NRW gibt es laut offizieller Statistik 666.813 steuerpflichtige Betriebe. Also nicht einmal 1 Prozent der Betriebe wurde überprüft.

Dagegen verhängt die Polizei im öffentlichen Raum hohe Bußgelder – Gleichbehandlung vor dem Gesetz? Rechtsstaat?

Neoliberal ideale Menschen: Brav konsumieren, allein, zuhause

Im Februar 2021 stand an, dass die Unternehmen in die verpflichtende Impf- und Teststrategie einbezogen werden. „Aber das ist rechtlich nicht möglich“, erklärte Bundeskanzlerin Merkel, gesetzestreu wie sie ist, nach dem Protest von BDI und BDA. [4] Auch einige Tage später bezweifelten die Lobbyisten gegenüber der Ministerpräsidentenkonferenz erfolgreich den Nutzen präventiver Maßnahmen, der organisatorische Aufwand sei sowieso zu hoch, wie die Unternehmer-Postille FAZ zustimmend berichtete. [5]

Brav und sprachlos im Supermarkt einkaufen; zufrieden allein, bestenfalls mit Kleinfamilie zuhause konsumieren; unbemerkt zur Arbeit schleichen; angstvoll und diszipliniert noch mehr arbeiten, auch wenn man krank ist; sich nicht versammeln, sich nicht organisieren, höchstens unsichtbar digital ein bisschen streiken: Das ist die verschärfte Fortsetzung der Politik, die die Regierungen von Mutti Merkel schon seit Beginn verfolgen. Unter ihren Arbeitsministern Olaf Scholz und Ursula von der Leyen (2007–2013) wurde die staatliche Aufsicht über die Berufskrankheiten abgebaut; die Gewerbeaufsicht wurde abgebaut; der Zoll – ohnehin unterbesetzt – wurde für die Kontrolle der Auszahlung des Mindestlohns nicht ausreichend aufgestockt. Millionenfach

betrügen Unternehmer beim Mindestlohn, bei der Anordnung von Arbeitszeiten und bei den Überstunden, straflos. [6]

Systemischer, kurzfristiger Verschleiß der Arbeitskraft
Unternehmen brauchen immer weniger auf die Gesundheit ihrer Beschäftigten zu achten, jedenfalls der Mehrheit. Trotz Mehrbelastung durch die Pandemie-Maßnahmen wurden nicht mehr Ärzte und Pflegekräfte eingestellt. Betriebsärzte – gibt's die eigentlich noch?

Während die Führungskräfte großer Unternehmen mit hauseigenen Kindergärten und Wellness-Angeboten versorgt werden und in ihren großräumigen Wohnungen bequem das Home Office für ihre Führungsarbeit erledigen, nehmen arbeitsbedingte Erkrankungen, auch seelische, in den mittleren und unteren Schichten der Beschäftigten zu, bei berufstätigen Müttern und besonders, wenn sie alleinstehend sind, und durch Pandemie-Maßnahmen mehr als zuvor. Unter dem Druck der Dauer-Arbeitslosigkeit und mithilfe der sachgrundlosen Befristung der Arbeitsverhältnisse haben die Unternehmensführungen die Erpressbarkeit der Beschäftigten gesteigert. Nachschub, noch billigerer, ist sofort verfügbar.

Motto der Erpressen: „Wir nehmen jede Arbeit an.“ Ergebnis: „Schon jenseits der 40 geht es los: Es fällt schwerer, eine neue Stelle zu finden. Im Betrieb gilt man als alt.“ Das ist zwar seit 2006 gesetzwidrig: Verbot der Diskriminierung auch wegen des Alters, Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes – und das weiß man auch im Unternehmerlager. [7] Aber die gezielte Verletzung geht im Unternehmer-Staat durch, straflos. Was sind in der deutschen Arbeitswelt schon deutsche, noch so nachsichtige Arbeitsgesetze, von Grund- und Menschenrechten ganz abgesehen?

Ständiger Nachschub aus den verarmten EU-Staaten
Und zusätzlich sorgt die EU, nicht zuletzt angetrieben von der Bundesregierung, mithilfe der gezielt verarmten Mitgliedsstaaten im Osten und in Ex-Jugoslawien und auch mithilfe assoziierter Staaten der *Östlichen Partnerschaft* – Ukraine, Moldau, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Weißrussland – für ständigen migrantischen Arbeitsnachwuchs, auch während der Pandemie, auch für die Krankenhäuser der reichen EU-Staaten, für die Fleischindustrie, für die Logistik, für die Baustellen und für die agrarische Saisonarbeit – und nach der Pandemie gewiss auch wieder für die Bordellindustrie, wo der Standort Deutschland ebenfalls die Erste EU-Ausbeutungsliga anführt. Und auch alle diese MigrantInnen brauchen ja nicht ihr Leben lang gesund zu bleiben, so die nicht ausgesprochene, aber praktizierte Devise. Und die wegen der Abwerbung noch weiter ausgelaugten Gesundheitssysteme in Osteuropa können ja sowieso dort schon lange nicht mehr alle Kranken und Corona-Infizierten versorgen. Die MigrantInnen sind die unterste Schicht der systemisch Verschlissenen. Das läuft dann unter dem Merkel-Motto der „europäischen Solidarität“.

Betriebsräte-Stärkungsgesetz: Auf Druck der CDU/CSU verschoben

Im Vertrag der gegenwärtigen CDU/CSU/SPD-Koalition steht: „Wir wollen die Gründung und Wahl von Betriebsräten erweitern.“ Auf Druck der Unternehmerlobbyisten in CDU und CSU wurde das Gesetz auf das Ende der Regierungsperiode verschoben, erstmal.

SPD-Arbeitsminister Heil, die Aufräumer-Lusche, legte dann auch hier wieder einen lahmen Entwurf vor. Darin war die Vorschrift enthalten: Wenn Beschäftigte im Betrieb

ankündigen, einen Betriebsrat bilden zu wollen, sind sie schon während der Vorbereitung der Wahl vor Kündigung geschützt. Das ist eigentlich eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit, oder? Und die Betriebsräte sollten bei der Digitalisierung der Arbeitsplätze mitentscheiden dürfen – gut gemeint, könnte man zugestehen.

Aber auch das war der unbarmherzigen, christlich lackierten UnternehmerInnen-Lobby zu viel Rechtsstaat. Sie ließen den Gesetzentwurf von der Tagesordnung verschwinden: „Die regierungswahl internen Abstimmungen dauern an“ – heißt das in der Verschleierungs-Sprache.

Nur 1 (ein) Prozent aller Betriebe haben einen Betriebsrat Dabei ist das Problem ungleich größer, als der Arbeitsminister und der DGB und die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und auch besonders kritische Initiativen bejammern. Sie beklagen, dass es nur noch in 9 Prozent der Betriebe einen Betriebsrat gebe. Diese Nostalgiker!

In Wirklichkeit ist es so: In § 1 Betriebsverfassungs-Gesetz (BetrVG) heißt es: „In Betrieben mit in der Regel mindestens 5 ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen 3 wählbar sind, werden Betriebsräte gewählt.“

Laut Statista Research Department vom 14.2.2020 bestanden in Deutschland im Jahre 2018 insgesamt 7, 816 Millionen Betriebe. Davon ziehen wir die 5,646 Millionen Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten ab – sie kommen meist nach BetrVG nicht für einen Betriebsrat infrage, selbst wenn sie fünf und mehr Beschäftigte haben: Weil einige Beschäftigte nur saisonal oder geringfügig beschäftigt sind. Es bleiben also übrig 186.339 Großbetriebe, 792.326 Mittelbetriebe und 1,191 Millionen Kleinbetriebe, die 10 oder mehr Beschäftigte haben. Es kommen also etwa 2,170 Millionen Betriebe infrage, in denen „Betriebsräte gewählt werden“ (können).

Nach Angaben des DGB wurden bei der letzten turnusmäßigen Betriebsrats-Wahl 2018 nach BetrVG insgesamt 180.000 Beschäftigte als Mitglieder von Betriebsratsgremien gewählt, und zwar in 26.000 Betrieben. [8] Im Verhältnis zu den 2,1 Millionen Betrieben ab 10 Beschäftigten sind dies etwas über 1 Prozent.

Und das eine Prozent kann korruptiert und zermürbt werden Zudem ist ein nach BetrVG gewählter Betriebsrat längst keine Gewähr mehr für unabhängige und freie Vertretung der Beschäftigten. V.a. in Auto- und Pharmakonzernen und etwa im privatrechtlich verfassten Staatskonzern Deutsche Bahn AG werden BR-Vorsitzende durch hohe Managergehälter korruptiert.

Und die hochbezahlte *Union-Busting*-Branche verhindert reihenweise die Wahl von Betriebsräten und betreibt monate- und jahrelange zermürbende Kündigungsverfahren gegen schon gewählte Betriebsräte. Regierung und Justiz schauen zu, obwohl die Be- und Verhinderung von Betriebsräten nach § 119 BetrVG schon bisher eine Straftat ist, mit der Möglichkeit für Bußgelder und Gefängnisstrafe. Aber diese Straftat steht einsam an der Spitze der nicht verfolgten Straftaten. Das Vollzugsdefizit ist fast so hoch wie beim staatlich nicht verfolgten sexuellen Missbrauch in der (kapital-relevanten) katholischen Kirche. Verbesserung käme also nicht durch ein neues „Stärkungs-Gesetz“, sondern durch eine besser ausgestattete, politisch unterstützte, rechtsstaatlich funktionierende Justiz.

Umwelt-Innovation: Eigentlich ganz andere Kompetenzen nötig

Die Dauer-Arbeitslosigkeit, die ständige Auslagerung von

Betriebsteilen als rechtlich selbstständige Einheiten – etwa nach dem Franchise-System in den Supermarkt- und Gastronomie-Ketten und in den Subunternehmerketten der Logistikkonzerne wie Amazon, Deutsche Post, UPS, Schenker/Deutsche Bahn – und die Ausweitung von Zulieferketten innerhalb und außerhalb der EU ergeben ein Erpressungspotential: Dem unterliegen, mit der Faust in der Tasche, auch kämpferische Betriebsräte, etwa wenn die Unternehmer Lohnstopps und unbezahlte Überstunden fordern, jetzt wegen der Corona-Krise, die aber überhaupt nicht so allgemein ist, wie von der Lobby behauptet.

Beim Corona-Management der Bundesregierung ist dies verstärkt der Fall, wie die staatliche Rettung der Lufthansa drastisch zeigt: Der Staat zahlt 9 Milliarden Euro für die Rettung des umweltschädlichen Konzerns, befreit ihn auch weiter von der Mehrwertsteuer auf Flugbenzin und schaut zu, wie unter knirschender Zustimmung von Betriebsräten immer mehr Beschäftigte auf Teilzeit gesetzt und entlassen werden, statt mit ihrer Hilfe umweltverträgliche öffentliche Verkehrssysteme zu entwickeln – der neue Großaktionär Knorr Bremse, Ausrüster der Deutschen Bahn, wäre dazu eigentlich prädestiniert. Aber die Bundesregierung macht keine Auflagen, die Betriebsräte werden geschwächt, Beschäftigte werden schrittweise entlassen, die Großaktionäre wie BlackRock und Morgan Stanley können schalten und walten, wie sie wollen. [9]

Auch im Bereich Umwelt gilt: Wenn Betriebsräte wirklich gestärkt werden sollen, muss ein ganz anderer Anlauf gemacht werden. Mitreden bei der Digitalisierung – ok. Aber die gewinngeil jahrelang versäumte und auch mit Corona blockierte technische Innovation: Auch darin müssen Betriebsräte in die Lage versetzt werden, eigene Konzepte zu entwickeln und über die Produkte mitzuentcheiden.

Lieferkettengesetz: Entwurf bis zur Wirkungslosigkeit verstümmelt

Nach Vorgaben der UNO sollen Unternehmen für Menschenrechtsverstöße entlang ihrer gesamten Produktions- und Dienstleistungskette haften. Auch das EU-Parlament orientiert sich daran, vorsichtig.

Die Unternehmen im Export-Standort Deutschland sind zugleich besonders von globalen Lieferketten rund um die Erde abhängig, allen voran die Textil-, Auto-, Elektronik- und Maschinenbau-Industrie, dann Pharma- und Lebensmittelkonzerne. Doch die Verfolgung von Menschenrechtsverstößen – darunter Kinderarbeit, vorenthaltene Löhne, tödliche Arbeitsunfälle – entlang der gesamten Lieferkette sei „linke Ideologie“, so Wolfgang Steiger, Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats. [10] Auf Druck dieser innerparteilichen Unternehmerrunde des CDU-Wirtschaftsrats – Vizepräsident Friedrich Merz – von BDI und BDA legten Entwicklungsminister Gerd Müller/CSU, Wirtschaftsminister Peter Altmaier/CDU und Hubertus Heil/SPD schließlich einen weitestgehend entschärften Gesetzentwurf vor.

Danach wären zunächst nur Unternehmen ab 3.000 Beschäftigten betroffen – insgesamt nur 600 Unternehmen in ganz Deutschland, und das auch erst ab dem Jahr 2023. Ab 2024 sollen auch Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten einbezogen werden – das wären dann immerhin 2.700. Aber nur der erste unmittelbare Zulieferer wäre betroffen – also der allergrößte Teil der vielgliedrigen Lieferkette bis hin in den Kongo, nach Bangladesch und nach Nord-Mazedonien ist

ausgenommen. Bis 2023 und 2024 hätten die Unternehmen zudem Zeit genug, um im Bedarfsfall noch ein paar Zwischen-Zulieferer zu gründen oder zu beauftragen. Und die zivilrechtliche Haftung mit Schadenersatz ist im Entwurf des Gesetzes sowieso ausgeschlossen.

Aber die Lobby will auch das noch verhindern. Dieses Lieferkettengesetz muss „gestoppt“ werden, so fordert Generalsekretär Steiger vom CDU-Unternehmerrat seine christlichen Brüder und Schwestern im Deutschen Bundestag auf. [11]

Mindestlohn erhöhen, wenigstens auf arme 12 Euro? – Abgelehnt

Die CDU-Merkel-Regierung mit SPD hat 2015 als ziemlich letzte in der EU einen Mindestlohn eingeführt. Die Unternehmer-Lobby hatte dagegen protestiert. Das war zumindest insofern erfolgreich, als dann auf Initiative von Finanzminister Wolfgang Schäuble der Zoll nicht entsprechend für die Kontrolle ausgestattet wurde. So können also Unternehmer millionenfach den Mindestlohn nicht zahlen oder unterlaufen, straflos. Zudem hatte die Lobby der Zeitungsverleger durchgesetzt: Für die nächtlichen Zeitungsausträger gilt der Mindestlohn sowieso nicht!

Und der deutsche Mindestlohn ist ein Armutslohn – während des Arbeitslebens und in der Rente. Nach jetzigem Stand soll er von jetzt 9,50 Euro bis Mitte 2022 auf 10,45 Euro steigen, so der Vorschlag der regierungsamtlichen Mindestlohn-Kommission.

Deutscher Mindestlohn: Ganz hinten und unten im EU-Vergleich

Das „reiche“ Deutschland liegt mit diesem Mindestlohn im EU-Vergleich an einer der letzten Stellen. Im Verhältnis zum Medianlohn der Vollzeit-Beschäftigten liegt der deutsche Mindestlohn im Vergleich aller 19 EU-Staaten, die einen Mindestlohn haben, an 16. Stelle: Nur in Estland, Tschechien und Spanien ist er noch schlechter. Zudem liegt das Arbeitslosengeld in Deutschland ähnlich an hinterster Stelle, noch hinter dem armen Lettland. [12]

Jetzt im Wahljahr verlangen die SPD mit Finanzminister Scholz und Arbeitsminister Heil und auch der DGB die Anhebung auf 12 Euro. Außerdem sollen Feiertags-, Sonntags-, Schmutz- und Erschwerniszulagen nicht mehr lohnmindernd angerechnet werden dürfen. Wegen des Wahlkampfes sind die SPD-Minister ein bißchen aufgewacht. Mit 12 Euro würde der Mindestlohn knapp über der Armutsgrenze liegen – aber auch nur in den wenigen Fällen eines Dauer-Vollzeit-Arbeitsplatzes.

Aber hallo, Leute, mal so nebenbei: Wer bremst da eigentlich in der Mindestlohn-Kommission? Der Vorsitzende ist Jan Zilius, Ex-Justiziar der Gewerkschaft IG Bau und Energie. Er wird einschlägig beraten von Prof. Lars Feld, dem wissenschaftlichen Ober-Neoliberalen, bis vor Kurzem Vorsitzender der vom Wirtschaftsminister berufenen „Wirtschaftsweisen“. Der DGB fordert immerhin 12 Euro, aber ihr führender Gewerkschafter in der Regierungskommission torpediert das! Wann beenden die Gewerkschaften endlich diese doppelzüngige Komplizenschaft?

Mit 12 Euro wenigstens knapp über die Armutsgrenze? Nein! Aber auch den erhöhten Armuts-Mindestlohn von 12 Euro lehnen BDI, BDA mit CDU und CSU ab, und das staatlich alimentierte, aber unternehmerfreundliche ifo-Institut mit ihrem Präsidenten Clemens Fuest unterstützt die Ablehnung

„wissenschaftlich“: Gerade in den schwierigen Corona-Zeiten dürften die Unternehmer nicht noch mehr belastet werden.

Außerdem müsste der Mindestlohn vor allem wegen der mehrheitlich betroffenen Frauen erhöht werden. Sie werden beim Arbeitseinkommen sowieso zusätzlich benachteiligt – sie bekommen 20,5 Prozent weniger als Männer. Bei dieser menschenrechts- wie auch grundgesetzwidrigen Benachteiligung der Frauen steht Mutti Merkels Unternehmer-Staat („Uns geht es allen gut“) an 25. Stelle in der EU, nur in Tschechien und Estland geht es den Frauen noch schlechter. Wo bleiben eigentlich die ach so militanten neuen Feministinnen, die ganze Me-Too-Bewegung, die MenschenrechtlerInnen?

Gegen mehrere Gesetze: Etwa 600.000 illegale Altenpflegerinnen

Mehr als 700.000 Frauen fast ausschließlich aus Osteuropa erledigen in deutschen Haushalten die 24-Stunden-Altenpflege. Etwa 100.000 dieser Frauen machen solche Hauspflege legal, entweder auf Grundlage eines Arbeitsvertrags mit dem gepflegten Menschen oder dessen Familie, oder nach dem EU-Entsendegesetz auf Grundlage eines Vertrags mit einer Vermittlungsagentur. Aber etwa 600.000 Frauen arbeiten hier illegal.

Auch bei der legalen Ausführung werden zwar reihenweise deutsche Arbeitsgesetze verletzt, etwa hinsichtlich der täglichen Arbeitszeit (die nicht 24 Stunden beträgt, und auch Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit), hinsichtlich des zu gewährenden und zu bezahlenden Urlaubs und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch kommt es vor, dass eine polnische Vermittlungsfirma aus einer armen Ukrainerin, die nicht Bürgerin eines EU-Mitgliedstaates ist, eine Polin macht und nach Deutschland entsendet. Aber Schwamm drüber, der Unternehmerstaat Deutschland will ja nicht unbedingt ein Rechtsstaat sein, und die EU freut sich, dass die armen Polinnen und Ukrainerinnen nicht protestieren, sondern in Deutschland den alten Menschen helfen.

Aber weil das selbst einschließlich von ein paar Gesetzesbrüchen für viele Familien zu teuer werden kann, zwischen 2.200 und 3.000 Euro pro Monat, weichen sie in die Illegalität aus: „Schätzungsweise“ 600.000 Pflegehilfen arbeiten illegal, also ohne Vertrag, weder mit der Familie noch mit einer Vermittlungsagentur. Und mit den Pandemie-Maßnahmen steigen Arbeitsnot in Polen und Nachfrage nach billiger Pflege in Deutschland. Die Illegalität hat die Form der unregulierten Selbstständigkeit, also der Schein-Selbstständigkeit: Dabei sparen die ärmeren der reicheren Deutschen viele hundert Euro an Sozialversicherungen und sonstigen Leistungen ein: Keine Bezahlung von Überstunden, kein Urlaub und keine Bezahlung im Krankheitsfall. Und weil der deutsche Rechtsstaat und die EU mit diesem Rechtsbruch gut leben können, weiß niemand genau, wie viele Illegale allein in diesem Bereich tätig sind. Das ist alles bekannt, führt aber auch in den staatlichen wie privaten Leitmedien nicht zur Kritik. [13]

Wirtschaftsminister Altmaier will die gesetzlosen IHK retten

Jetzt kommen wir noch etwas allgemeiner zum (Un-)Rechtsstatus der Unternehmer in Deutschland: Die Unternehmerlobby besteht neben BDI, BDA und CDU-Wirtschaftsrat auch noch aus den 79 Industrie- und

Handelskammern. Diese Lobby ist organisiert auf kommunaler, Länder- und Bundesebene. Der Dachverband ist der DIHK – aber er hat keine rechtsstaatliche gesetzliche Grundlage. Seien Sie ehrlich: Hätten Sie als Überzeugte-VerteidigerInnen-der-Demokratie-Wähler so etwas auch nur zu denken gewagt?

Seit 65 Jahren gilt das „vorläufige“ IHK-Gesetz 1956 wurde unter dem christlichen Bundeskanzler Konrad Adenauer das *Gesetz zur vorläufigen (hervorgehoben, WR) Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern* beschlossen – und es gilt im Jahre 2021 noch immer! Seit 65 (!) Jahren ein provisorisches Gesetz – geht sowas in einem Rechtsstaat? Es geht, jedenfalls im Unternehmer-Staat Deutschland.

Es handelt sich um ein Gesetz, das damals aus Angst des guten Neudemokraten Adenauer und der Unternehmerlobby vor grundsätzlichen Auseinandersetzungen im Bundestag erstmal nur als vorläufig beschlossen wurde. Dabei wurde versprochen, dazu einige Zeit später ein richtiges Gesetz zu machen. Aber aus der Vorläufigkeit wurde eine Ewigkeit. Und das soll nach dem Willen der Lobby und der wieder christlich geführten Bundesregierung auch so bleiben.

Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen: passt doch in die „freie Marktwirtschaft“!

Das vorläufige IHK-Gesetz verfügt u.a. die Zwangsmitgliedschaft aller Unternehmen. Austritt ist nicht möglich – Zwangsmitgliedschaft ist also mit „freier Marktwirtschaft“ gut vereinbar! Hätten Sie das gedacht? Da prangern die Unternehmer-Postillen wie die FAZ die „autoritäre“ Wirtschaft in China an – aber gerade in Deutschland wird eine solche sorgsam gepflegt, seit über sechs Jahrzehnten. So ähnlich war es übrigens auch in der Nazi-Zeit. Und nirgends in der gewiss nicht lupenreinen westlichen Kapital-Demokratie ist das so extrem ausgeprägt wie in der Bundesrepublik Deutschland von Adenauer bis Merkel (und wäre das dann auch mit dem laschen Katholiken Laschet oder dem harten Protestanten Söder).

Proteste und Gerichtsverfahren seit drei Jahrzehnten Seit Jahrzehnten wehren sich zehntausende Mittelständler und Selbstständige. Sie sind organisiert im *Bundesverband für freie Kammern, bffk*. Sie haben hundertfach vor Verwaltungsgerichten in mehreren Bundesländern gegen die Zwangs-Mitgliedschaft und gegen die Zwangsbeiträge geklagt.

Zwangsmitgliedschaft ist der eine Klagegrund, aber nicht der einzige. Denn die IHK und der DIHK vertreten nur die Interessen der Großunternehmen, agieren als deren Lobbyisten, ohne Legitimation. Vielfach machen die durch Zwangsbeiträge reich gewordenen Kammern, die ihre Geschäftsführer hoch bezahlen, mit Dienstleistungen ihren eigenen Mitgliedern Konkurrenz. [14] Der DIHK wettet mit BDI und BDA z.B. gegen Umweltauflagen, gegen das Lieferkettengesetz und gegen den Mindestlohn – auch wenn die IHK-Mitglieder dazu nie befragt wurden und es vielfach anders sehen.

Bundesverwaltungsgericht endlich im Jahre 2020: IHK rechtswidrig!

Hunderte Klagen wurden von den Verwaltungsgerichten abgewiesen – mit Verweis auf das vorläufige, aber immer noch geltende IHK-Gesetz von 1956. Aber fünf Kläger schafften es in den letzten Jahren bis zum Bundesverwaltungsgericht und bekamen Recht. 2020 hat ein Umwelt-Unternehmer – nach 13-jähriger Verfahrensdauer! –

beim Bundesverwaltungsgericht erreicht: Die IHK Münster muss aus dem Dachverband DIHK austreten. [15] Das gesetzwidrige IHK-Gesetz ist erschüttert.

Aber wofür sitzt der christlich-barmherzige Unternehmer-Lobbyist Altmaier als Wirtschaftsminister in der Bundesregierung? Er hat einen Gesetzentwurf zur Rettung des DIHK vorgelegt. Aus dem bisher privaten DIHK soll eine Körperschaft des öffentlichen Rechts werden, und die 79 IHK sollen dort Zwangsmitglieder sein. Diese Bundes-Wirtschaftskammer soll dem Bundeswirtschaftsminister unterstehen – und zugleich als Unternehmer-Lobby freigieren dürfen, in Berlin wie besonders auch bei der EU-Kommission in Brüssel. Und das *vorläufige* Gesetz von 1956 soll nur geändert werden und soll weiter die gesetzliche Grundlage bilden [16] – also weiter eine ewige Vorläufigkeit. [17]

Aktionäre und Konzernvorstände im Pandemiejahr:

„Die Boni sprudeln wieder“

Und was gönnen sich die Fleischarbeiter-Schutzgesetz-Weichwäscher, die Lieferketten-Gesetz-Stopper, die Betriebsräte-Stärkungs-Gesetz-Aufschieber, die Mindestlohn-Verweigerer, die gesetzlosen DIHT-Lobbyisten selbst? Nur zwei Beispiele, Amazon, Google, Apple & Co lassen wir mal beiseite.

Deutsche Bank: 684 Einkommens-Millionäre im Pandemie-Jahr

Die Deutsche Bank hat im Pandemie-Jahr 3.000 Arbeitsplätze abgebaut – dafür bekommt Chef Christian Sewing 47 Prozent mehr, 7,4 Millionen fürs Pandemiejahr 2020. Die Boni der führenden Manager steigen um 29 Prozent: 684 Deutsch-Banker verdienen mehr als eine Million Euro – im Jahr davor waren es „nur“ 583 derartige Einkommens-Millionäre gewesen. [18]

Drittgrößter Wohnungskonzern LEG: Chef-Bonus höher als abgelehnter Tarifvertrag

Die LEG ist der drittgrößte Wohnungskonzern in Deutschland. Er entstand durch den Verkauf der öffentlichen Wohnungsgesellschaft des Landes NRW durch die damalige CDU/FDP-Landesregierung – Antreiber war Finanzminister Pinkwart, der heute unter Ministerpräsident Laschet wieder Finanzminister ist. Heute sind BlackRock&Co die LEG-Hauptaktionäre. Im Pandemie-Jahr streikten die 406 Beschäftigten der Tochterfirma TSP, die für die technische Verwaltung der 145.000 Wohnungen zuständig ist. Die Beschäftigten forderten im mühsamen Digitalstreik monatelang einen Tariflohn: 170 Euro im Monat mehr, 100 Euro für die Azubis. Diese Forderungen ergäben zusammen 0,9 Millionen Euro – abgelehnt. Gleichzeitig bekommt allein der LEG-Chef Lars von Lackum für das Pandemie-Jahr 1,4 Millionen mehr, zusätzlich zu seinem bisherigen Gehalt. [19] Während die Arbeitseinkommen auf niedrigem Niveau stagnieren, gönnen sich die Aktionäre wie BlackRock 5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Großaktionäre, deren Aktienwerte durch die Pandemie-Maßnahmen weiter gestiegen sind und weiter steigen, sie greifen krisenfrei weiter die staatlich gestützten Gewinne im Unternehmer-Staat ab und sind ungehindert weiter mit Regierungsduldung auf professionell organisierter Steuerflucht, zwischen dem EU-Vorbildstaat Luxemburg und dem Heimatstaat des neuen US-Präsidenten, Delaware.

Aber mal eine Frage!

Leute, Menschen, Männer, Frauen, BürgerInnen, abhängig Beschäftigte, Unbeschäftigte, Über- und Unterbeschäftigte, Arbeitslose, Linke, Gewerkschafter, Nicht-Linke und Nicht-Gewerkschafter, Selbstständige und erzwungen Scheinselbstständige, Crowd- und Gigworker, Fahrradkuriere, Handwerker, Abgeordnete (ja, die gibt es doch irgendwo noch, jedenfalls diejenigen, die keine Beratungsfirma haben?), Eltern, Großeltern, Rentner und Rentnerinnen, ach, vielleicht auch Studenten, Schüler, Auszubildende, und ja, die gibt es doch auch noch: Wissenschaftler, Lehrer, Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Ärzte, Ingenieure (sollen wir JournalistInnen mit dazunehmen?) aller Geschlechter, Herkünfte und Nationalitäten – Frage also: In welchem Unternehmer-Staat leben wir eigentlich? Wie lange lassen wir uns diese teilweise verrechtlichte Gesetzlosigkeit noch gefallen? Wollen wir schon jetzt endlich mal was dagegen machen, schon vor der nächsten Wahl?

[<<1] hensche.de/verbot-von-werkverträgen-in-der-fleischwirtschaft-18.12.2020

[<<2] Werner Rügemer: Infektionsschutz-Gesetz – Warum fehlen die Unternehmen? www.nachdenkseiten.de 25.11.2020

[<<3] Viele Betriebe mit Mängeln im Arbeits- und Gesundheitsschutz, ZEIT online 16.3.2021

[<<4] Spitzengespräch zu Tests geplatzt, FAZ 6.3.2021

[<<5] Keine Testpflicht für Betriebe, FAZ 10.3.2021

[<<6] Werner Rügemer: Imperium EU – ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr, Köln 2020, Seite 210ff. das Kapitel zu Deutschland auch zu den folgenden Aspekten.

[<<7] In die Jahre gekommen, FAZ 13.3.2021

[<<8] Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Betriebsratswahlen erleichtern – Aktive Beschäftigte besser schützen, Bundestagsdrucksache 19/1710, 18.4.2018

[<<9] Werner Rügemer: Staatliche Rettung der Lufthansa – eine Schmierkomödie, mehrfach, www.nachdenkseiten.de 29.6.2020

[<<10] Wo die Verantwortung endet, FAZ 13.2.201

[<<11] Zu Geschichte und Konflikten siehe die Dokumentationen und Kommentare der Initiative Lieferkettengesetz, in der mehrere Dutzend Gruppen zusammengeschlossen sind: lieferkettengesetz.de

[<<12] OECD Earnings Database, letzte Erhebungen 2018 (Mindesteinkommen im EU-Vergleich) und 2019 (Fraueneinkommen)

[<<13] Sich richtig helfen lassen, FAZ 1^3.3.2021

[<<14] Vgl. Werner Rügemer: Der Konflikt um die IHK, Deutschlandfunk, Sendung Hintergrund 17.11.1996

[<<15] Bundesverwaltungsgericht: Anspruch eines IHK-Mitglieds auf Austritt seiner Kammer aus dem Dachverband DIHK wegen fortgesetzter Kompetenzüberschreitungen, Pressemitteilung 61/2020 vom 15.10.2020.

[<<16] Bundeswirtschaftsministerium: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern, 14.12.2020

[<<17] Zu Geschichte und Aktivitäten des Widerstands gegen die IHK siehe www.bffk.de

[<<18] Die Boni sprudeln wieder, FAZ 12.3.2021

[<<19] Schöner Wohnen, verdi news 30.1.2021

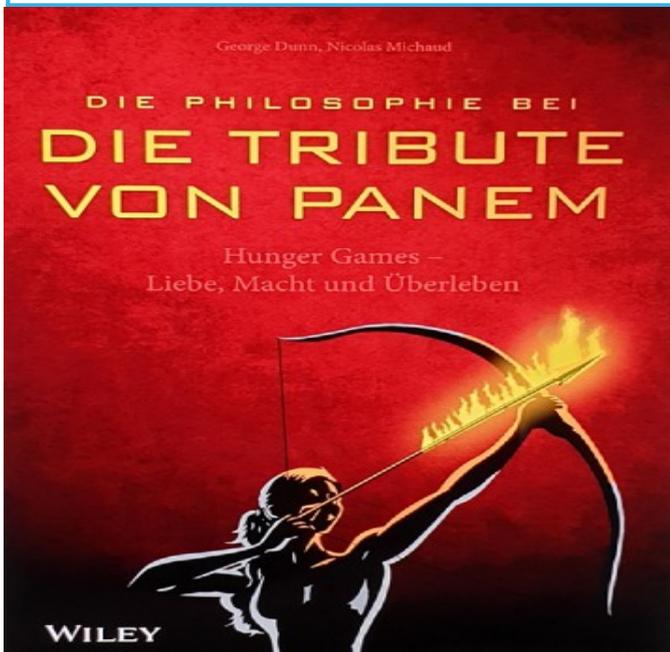
Attac-hh-aktiv mailing list Attac-hh-aktiv@listen.attac.de
<https://listen.attac.de/mailman/listinfo/attac-hh-aktiv>

hier eingereicht von Peter Klemm

 	
Telegram – Verteiler – für „Der Aufstand“	
Stand: 04.04.2021, 17.00 Uhr	Mitgliederzahlen:
Think Tank	
Querdenken Berlin, Konstanz, Stuttgart,	
dieBasis BW LV - Interessierte Chat	
dieBasis Schleswig-Holstein	
Pax-Terra-Musica Forum	20
MIND GLOBAL CHAT	37
Gesellschaft der Gleichen	30
dieBasis Tuttlingen / Donaueschingen	35
Info Gruppe Widerstand	37
dieBasis Sigmaringen	39
Widerstand- NF Chat Gruppe	38
Free Speech Zone	40
dieBasis Zollernalbkreis	41
Internat. Allianz f. Menschenrechte	42
dieBasis Waldshut	46
ZK Austausch und Diskussion	51
dieBasis Schwaebisch Hall	52
dieBasis Rottweil	61
dieBasis Heilbronn Land	57
Gilets Jaunes Aix-la-Chapelle	59
dieBasis Tübingen	60
dieBasis Reutlingen	64
CoronaRebellen NF/RD/HEI/SL	62
dieBasis Stuttgart	64
Blassenübergreif+lösungsorientiert (WhatsApp)	62
dieBasis Stadtverband Freiburg	70
dieBasis Schwarzwald-Baar	75
dieBasis Bodenseekreis	77
dieBasis Ludwigsburg	77
Freiheitsboten Ideensammlung	77
dieBasis Breisgau	79
dieBasis Mannheim	80
dieBasis Karlsruhe Land	85
dieBasis Rhein-Neckar	84
RatschkattlMuenchen	87
Speakers Café Original	92
ZK Freie Linke	105
Freie Linke Nord	125
Info Kanal Widerstand	157
Gemeinsam2020	163
Menschenrechte für Leer Ostfriedensland	202
Allianz-pro-Grundgesetz	235
Nicht ohne uns! Bayern	271
@Wir-im-Norden-Active2021	283
Eine eigene Meinung teilen! Für M...	292
Nicht Ohne Uns! DORTMUND	312
Corona Rebellen Berlin	383
FreeTruthMedia – Diskussion	459
Demokratischer Widerstand (Südbaden)	624
Corona Rebellen Nord	662
Widerstand Niedersachsen	685
Bananenrepublik BRD! 🇩🇪 Willkürjustiz	694
Corona Rebellen Sachsen	1.320
Freie Linke Chat (Widerstand...)	1.519

KenFM Ken Jebsen Fanchat Diskussion	5.600
FREIHEITS-CHAT	32.262
Gesamt Mitgliederzahl:	48.233

Gruppen mit eingeschränkten Freiheiten in grau,
werden nicht mitgezählt



Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“

(Fortsetzung aus dem Heft 05/20)

Zum Autor des 4. Kapitels, Andrew Shaffer

Andrew war wirklich eine schwere Enttäuschung für mich und so fällt es mir schwer da noch ein paar positive Aspekte zu seiner Person zu erwähnen und so fang ich mal möglichst „harmlos“ an.

Lebenslauf von Andrew Shaffer

Andrew Shaffer ist Autor zahlreicher New York Times Bestseller u. a. »The Day of the Donald: Trump trumps America« und »Fifty Shames of Earl Grey«. Er lebt mit seiner Frau, der Autorin Tiffany Reisz, in Lexington, Kentucky. Er unterrichtet am Carnegie-Center for Literary and Learning. »Hope Never Dies« ist sein Krimi-Debüt.

Quelle: Verlag / vlb

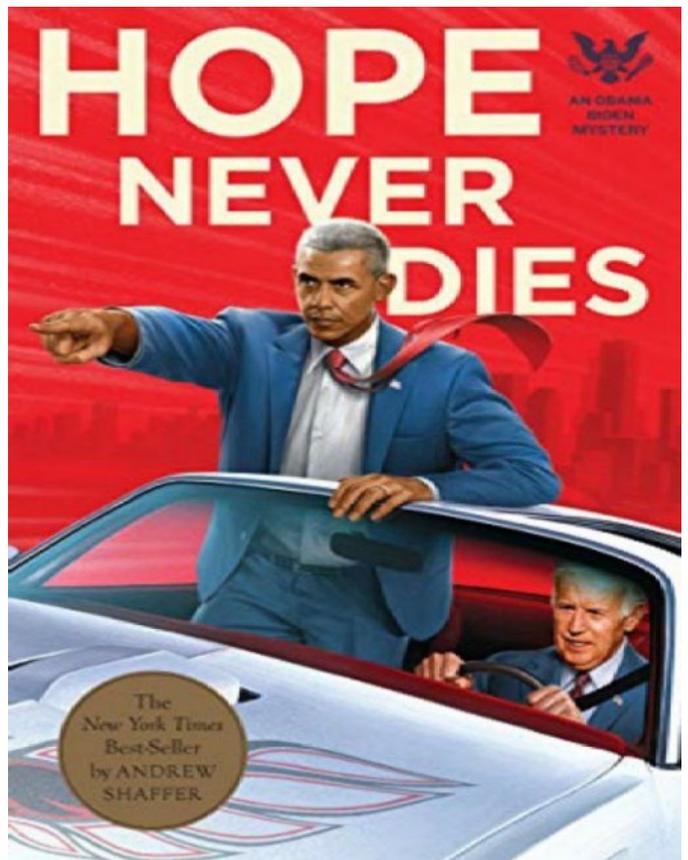
Tiffany Reisz and Andrew Schaffer –



Seine Frau ist auch im schreibenden Gewerbe tätig und hat sogar eine Auszeichnung für die Art ihrer „Literatur“ bekommen:

Auszeichnungen: [RITA Award for Best Erotic Romance](#)

Na gut, das hat ja noch nichts zu sagen, also schauen wir uns doch mal seine Werke an:



Über dieses E-Book

Action-Heroes aufgepasst, hier kommen Obama und Biden! Halb Noir-Krimi, halb „Bromance“ macht dieser »New York Times«-Bestseller vor allem eines: jede Menge Spaß! Ex-Vize-Präsident Joe Biden kann sich so gar nicht damit abfinden, ein Ex-Vize-Präsidenten-Leben zu führen. Er langweilt sich auf seinem Anwesen mit Hund und Frau beinahe zu Tode, außerdem vermisst er sein Idol und besten Freund, Ex-Präsident Barack Obama. Der scheint sich derweil prächtig zu amüsieren, ob beim Bungee-Jumping von einem Hochhaus in Hongkong oder beim Speedboot-Fahren vor der Küste Südafrikas. Doch dann führt der Tod eines alten Bekannten das Dream-Team Obama und Biden wieder zusammen: Bidens Lieblings-Zugbegleiter hat sich ausgerechnet vor einen Zug geworfen. Und das ist nicht das einzig Seltsame: Der alte Mann war vollgepumpt mit Drogen – und er hatte eine Karte bei sich, auf der Bidens Anwesen markiert war. Eines ist Obama und Biden sofort klar: Dies ist ein Fall von höchster Tragweite. Ein Fall von höchster Komplexität. Ein Fall für die Ex-Präsidenten Obama und Biden! Bestseller-Autor Andrew Shaffer hat mit »Hope Never Dies« einen ebenso amüsanten wie geistreichen Noir-Krimi geschrieben, in dem alle auf ihre Kosten kommen, die spannende Unterhaltung mit einem Schuss Gesellschafts-Kritik lieben.

Eine sehr zutreffende Rezension zum Buch:



Rezension zu "Hope Never Dies" von Andrew Shaffer

Hanebüchener Klamauk....

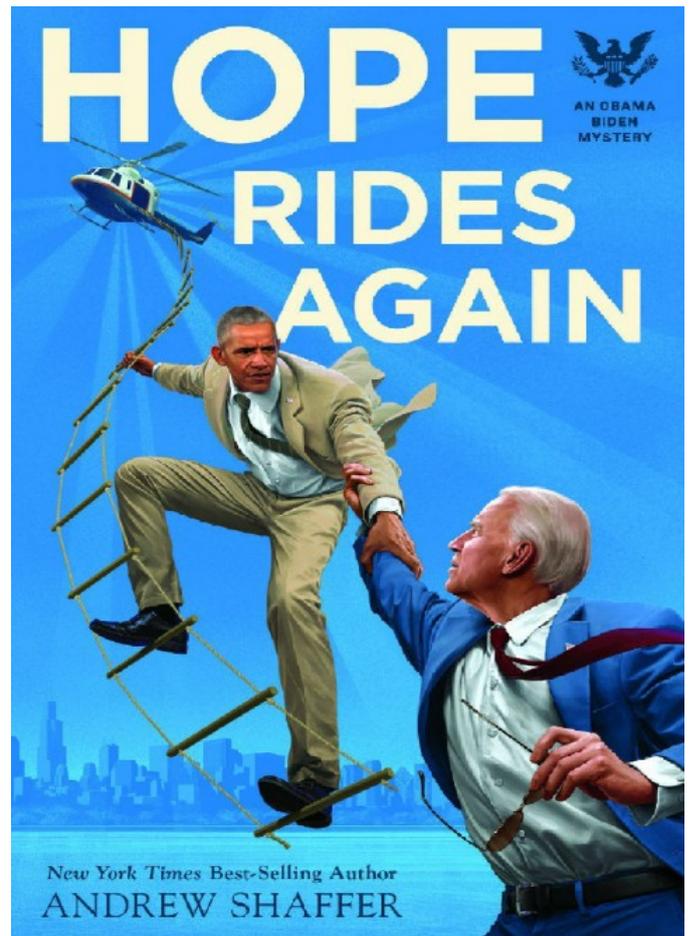
★★★★★

will_nur_lesen vor 9 Monaten

Der Blick der Buchhändlerin, als ich fragte, ob sich dieses Buch lohne, hätte mir eine Warnung sein sollen. An den Haaren herbeigezogener Unsinn, flache Witze, keine Spannung. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Geschichte nicht aus der Sicht von Joe Biden zu schreiben, sondern von einem neutralen Erzähler. Ich versuche nicht zu spoilern, aber am Schlimmsten und vor allem am Unglaublichsten fand ich die Szene im Zug am Schluss.

Ich hatte gehofft, dieses Buch ist eine interessante Abwechslung zu den Krimis, die ich sonst lese, aber es hat mich leider nicht gefesselt.

Und weil erste Klamauk über die beiden Politiker so gut bei der New York Times ankam, hat er noch einen drauf gesetzt:



Über dieses E-Book

Bromance never dies – die Ex-Präsidenten Barack Obama und Joe Biden lösen ihren 2. Fall! Herrlich absurde Unterhaltung für Fans satirischer Noir-Krimis mit einem ordentlichen Schuss Gesellschaftskritik Was ist bloß los mit Ex-Präsident Barack Obama? Ex-Vize Joe Biden macht sich ernsthaft Sorgen um seinen Super-Freund, der in einem untypisch scheußlichen Anzug zu einer Konferenz in Chicago auftaucht. Als dann auch noch Obamas Blackberry aus dem Tagungsraum verschwindet, überschlagen sich die Ereignisse – schließlich sind darauf die Nummern sämtlicher Machthaber dieser Welt gespeichert! Die Jagd nach dem Uralt-Handy führt die best friends Barack Obama und Joe Biden in die Unterwelt von Chicago, mitten ins Reich der Gangs, zu undurchsichtigen Priestern, vorbestraften Jugendlichen und in eine russische Sauna. Die wichtigste Frage bleibt jedoch: Wann bekommt Joe Biden endlich sein Eis? Ironisch, komisch, geistreich: Mit »Hope Rides Again« legt der amerikanische Bestseller-Autor Andrew Shaffer die geniale Fortsetzung seines Noir-Krimis »Hope Never Dies« vor und beschert damit der berühmtesten Bromance, seit es das Internet gibt, einen großartigen zweiten Auftritt. Denn wenn irgendjemand diese Welt noch retten kann, dann sind es die Ex-Präsidenten Barack Obama und Joe Biden!

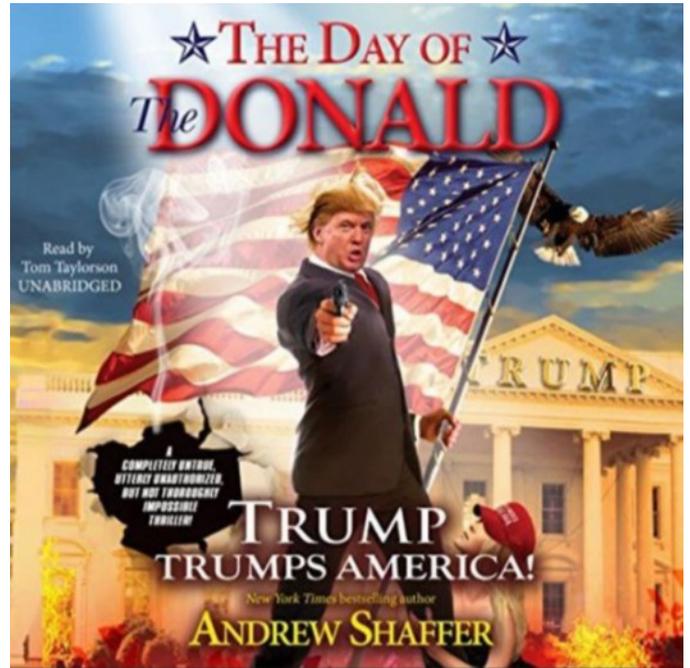
Wenn man so nette Bücher über ganz bestimmte politische Eliten schreibt, wird man natürlich in die Gruppe der besten Freunde dieser Typen aufgenommen:



Irgendwie war das Teeshirt von Andrew dann aber doch zu albern und so ist es dann später verschwunden worden:



Wenn man als „bester“ Freund von Obama und Biden gilt, muss man natürlich dessen politische Gegner in den Dreck treten. Damit kann man schließlich auch ein paar Dollar verdienen:



Über dieses E-Book

Summer 2018: Two years into President Donald J. Trump's first term in office, America has never been greater. The Even Greater Wall along the Mexican border is under construction, paid for by Mexico. Americans have more money in their pockets thanks to lower taxes and the president's creative money-raising strategies. (Who else would have thought to pay for FEMA's budget by suing the Catholic Church over property damage caused by acts of God?) And while Trump's detractors may call him a tyrant, the American people love bullies when the victim is Congress: every time they impeach the president, his approval rating skyrockets.

Ever conscious of his hugely important historical legacy, The Donald plucks disgraced tabloid reporter Jimmie Bernwood—the man responsible for publishing the infamous Ted Cruz sex tape—from the depths of anonymity to become his official biographer, giving him enviable access to the gold-plated White House and all of its secrets.

When Trump's previous biographer turns up dead, Bernwood must do some real investigative reporting, get to the bottom of a long series of murders...and, if it's absolutely unavoidable, save the country. *The Day of the Donald* is a hilariously hair-raising look at the (possible) future of America.

Als ich das alles verdaut hatte, sprang mir ein Wort ins Bewusstsein, für das ich noch nie eine praktische Verwendung hatte, aber bei Andrew muss ich da leider eine Ausnahme machen (Zitat aus Wikipedia):

Hofschranze (die, in älterer Zeit auch *der Hofschranz(e)*) ist eine seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche abwertende Bezeichnung für einen Höfling am Hof eines Fürsten, deren Bedeutung negative Charakterzüge und Verhaltensweisen umfasst, die innerhalb der sehr hierarchischen Hofgesellschaft in einer durch Gunst-Konkurrenz geprägten Gruppe entstehen können. Zu typischen Verhaltensweisen gegenüber dem Gunstgeber zählen beispielsweise Gefallsucht, Schmeichelei und Heuchelei; gegenüber Konkurrenten Intrigantentum, Demütigungen, Verleumdung, üble Nachrede. Übertragen wird das Wort auch für Personen im nicht-höfischen Umfeld einer hochgestellten oder einflussreichen Persönlichkeit gebraucht.

Es tut mir leid, dass ich zu so einem harten Urteil kommen musste, aber Andrew ließ mir gar keine andere Wahl. Aber schauen wir doch mal, was eine Person seines Schlages zum Thema „Tribute von Panem“ zu schreiben hatte. Er konzentriert sich bei diesem Thema auf das Wort „Schadenfreude“ und klagt pauschal die Spezies Mensch an, was ich sehr misanthropisch empfinde, weil wir angeblich zur Freude am Schaden anderer Menschen neigen. Dazu bemüht er andere Philosophen aus der Geschichte, die zu seiner Klasse zählten und in ähnlicher Weise argumentierten. Natürlich darf da der Freund der Reichen und Mächtigen, Aristoteles nicht fehlen.

Ihm dämmert natürlich schon, dass Schadenfreude aus der vorherigen Verletzung des Gerechtigkeitsgefühls der Menschen resultiert und das es etwas mit sozialen Unterschieden zu tun hat, aber das tut er, wie fast alle Vertreter der oberen sozialen Klassen, als schnöden „Neid“ ab.

Damit folgt er genau dem Muster was er selbst anprangert, er entmenschlicht die „Neider“ und tritt sie noch weiter in den Dreck. Nur die Kinder sind unschuldig, aber alle Anderen sind moralische Schufte. Das ist ein all zu bekanntes Bild von Menschen, die zu nah bei den Reichen und Mächtigen ihren Lebensmittelpunkt verorten. Der Rest der Menschheit sind für sie all zu oft nur eine graue Masse von entbehrlichen Habenichtsen und Neidern, die sich freuen, wenn einer der ihren mal einen Misserfolg erleiden muss.

Wer sich mit dem Thema „Schadenfreude“ auf der philosophischen Ebene beschäftigt und die alte Literatur dazu durchforstet, der wird vielleicht auf die Verletzung der sozialen Gerechtigkeit als Kern des Problems aufmerksam und damit auf den Ursprung des Problems durch die soziale Teilung der Menschen in Klassen mit Hilfe der Gewalt des Staates der reichen Eigentümer-Klasse.

Natürlich landet man dann auch bei Rousseau, der als einer der wenigen Philosophen die Ursache des „Kampfes aller gegen alle“ in der Entstehung der Eigentumsgesellschaft vor ca. 5.000 Jahren erkannte, als die Urgesellschaft, die nur Besitzrechtsverhältnisse und keine sozialen Klassen kannte, durch die Entstehung von Kriegerkasten mit Königen an der Spitze, gewaltsam verdrängt wurde.

Rousseau vergaloppierte sich zwar in einen „Volkswillen“ (volonte Generale) den es nie unter souveränen Staatsbürgern geben kann, aber ihm war klar geworden, dass ein modernes Gemeinwohl nur auf der Grundlage des Besitzrechts und auf einer demokratischen Republik errichtet werden kann, die keine Vertretung ihrer Staatsbürgerrechte in Form von Repräsentanten aus Parteien in Parlamenten dulden darf. Das Repräsentationssystem hat nichts mit einer Demokratie zu tun, sonder ist die Grundlage der Herrschaft reicher Oligarchen. Zur Natur einer Demokratie gehört natürlich die soziale Gerechtigkeit, also ein Zustand, in dem „kein Staatsbürger so reich sein darf, um sich einen anderen kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen.“ (Rousseau, Gesellschaftsvertrag, Seite 59)

Um die oligarchische Eigentumsgesellschaft in eine Demokratie mit Besitzrecht zu verwandeln, muss die Klasse der „Habenichtse und Neider“, die in einer Gesellschaft mit sozialer Ungerechtigkeit leben und ständig wächst, systematisch auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse hinwirken. Dies machen sie bereits und werden immer besser darin, aber sie können jede Hilfe aus den oberen Klassen gebrauchen, besonders von Seiten der Intellektuellen, die sich Philosophen nennen. Es kommt nur darauf an, für welche Ziele sie ihre philosophischen Kräfte verwenden. Andrew Shaffer ist jedenfalls noch nicht auf unserer Seite und hat die gesellschaftliche Problematik die von dem Buch „Die Tribute von Panim“ auch nur angekratzt wurde, noch gar nicht philosophisch erfasst.

Andrew Shaffer lebt in seinem privilegierten „Capitol“ und beweihräuchert sich damit, dass der durchschnittliche Mensch von Natur aus ja sowieso schlecht ist und er vermutlich noch zu den harmloseren Exemplaren gehört, der es schafft, seine Anflüge von Schadenfreude richtig einordnen zu können und sich Nietzsche,s Duktus zu bedienen, ein „Übermensch“ ist.

Nachbetrachtung zum Thema Dekadenz

Die Führungselite der USA vergleicht ihr Staatengebilde gerne mit dem antiken römischen Imperium und sie haben durchaus Parallelen zu diesem aufzuweisen. Tatsächlich sind sie im Verhältnis zu Rom seit einer kurzen Zeit zu einem Imperium aufgestiegen. Leider laufen heute gesellschaftliche

Prozesse viel schneller ab wie in der Antike und so hat die USA offensichtlich schon die letzte Phase eines Imperiums erreicht, die Dekadenz.

Andrew Shaffer weiß, dass sich die Story von „Die Tribute von Panem“ an der Dekadenz des römischen Imperiums anlehnen und natürlich auf die Dekadenz in den USA verweist, doch dieses Thema streift er nur ganz ängstlich mit dem Verweis auf die Schadenfreude, die er natürlich auch in den USA beobachtet und sehr oberflächlich kritisiert. Er hat seinen Raum in dem Buch nicht genutzt, um die Dekadenz der USA und deren Ursachen tiefer zu hinterfragen. Er hat sich in dieser Sache eben nicht als Philosoph erwiesen und seine philosophische Pflicht nicht erfüllt. Eine vertane Chance für ihn, wirklich ein Philosoph zu sein und Antworten auf die brennenden Fragen seiner Zeit zu liefern.

Der Begriff Dekadenz kann nicht ohne eine gesellschaftliche Orientierung an eine bessere gesellschaftliche Gesamtsituation verwendet werden und so stellt sich die Frage, ob die USA schon bessere Zeiten erlebt hat?

Eine Orientierung zurück zu den besseren Zeiten der USA ist ebenfalls subjektiv und als Lösung genauso fraglich, darum orientiere ich mich persönlich an einer anderen gesellschaftlichen Perspektive, jenseits des gerade zusammenbrechenden Gesellschaftssystems reicher Oligarchen. In dieser Zeitschrift habe ich meine Perspektive bereits hinreichend entwickelt und will an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen und es bei den Begriffen „Radikaldemokratie und Besitzrecht“ belassen.

Der Begriff Dekadenz zielt aber meistens auf eine bessere Vergangenheit und misst daran den zu kritisierenden Verfallsprozess. Diesen Bezug kann ich mit meiner Perspektive natürlich auch herstellen und muss dann bis zur Urgesellschaft zurück gehen die nur Besitzrecht und keine sozialen Spaltungen kannte, aus der die Menschen vor ca. 5.000 Jahren allmählich mit Gewalt herausgerissen wurden.

Natürlich möchte die Mehrheit der „modernen“ Menschen nicht in die Urgesellschaft der Klans zurück und so ist eine Orientierung nach Rückwärts in der Geschichte nur dialektisch möglich und damit verweise ich auf Hegel,s Theorie von „These, Gegentese und Synthese“. Wir benötigen zur Überwindung der inhumanen Eigentums-gesellschaft eine Synthese aus dem Besitzrechtssystem der Urgesellschaft und der so genannten „modernen Zivilisation“ in der das gegenseitige Abschlagen aus niederen Beweggründen immer noch nicht aufgehört hat.

Unter den vielen Philosophen, die sich über Dekadenz Gedanken gemacht haben, möchte ich mich vor allem von Rousseau distanzieren, der Hegel,s dialektische Methode noch nicht kannte und deswegen in eine Position verfallen ist, die ich als „Zurück zur Natur“ kennzeichnen würde und die eine fatale Zerstörung der gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten 5.000 Jahre zur Folge hätte. Leider begegnet man dieser „Natursehnsucht“ auch heute bei vielen Aussteigergruppen die auf vielfältigen Wegen zur menschlichen Ursprünglichkeit zurückkehren wollen. Rousseau,s Position fasst sich wie folgt zusammen:

„Nehmt uns unsere unheilvollen Fortschritte, nehmt uns unsere Irrtümer und Laster, nehmt uns das Menschenwerk, und alles ist gut.“ (aus Wilhelm Weischedel „Die philosophische Hintertreppe, Rousseau oder der unglückliche Gefühlsdenker“)

Kommen wir aber wider zur Gegenwart und versuchen die Erscheinungen der Dekadenz ganz nüchtern und sachlich zu

betrachten. Die geheimen Schreiber der „Wikipedia Deutschland“ verweisen dabei auch auf die Dekadenz-Kritik eines erkonservativen Ex-Nazis Arnaold Gehlen (1904 Leipzig bis 1976 Hamburg, Cousin des ersten Chefs des BND und ebenfalls Ex-Nazis Reinhard Gehlen). Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich hier mit eigenen kritischen Betrachtungen mit dessen Kritik an den Dekadenzerscheinungen der großbürgerlichen Oligarchie auseinandersetzen.

Der Ausgangspunkt für die Kritik von A.Gehlen ist eine Gesellschaft von gezüchteten Übermenschen, die nie die Gelegenheit haben dürfen, diktatorische Institutionen in Frage zu stellen. Darin ähnelt seine Ideologie auffallend der Marxistischen, die immer einen „Menschen neuen Typus“ formen wollen und der ebenfalls nie ihre diktatorischen Institutionen in Frage stellen darf. Beide Ideologien setzen auf die Diktatur einer kleinbürgerlichen Kaste und während die Faschisten immer nur die politische Macht der Oligarchen übernehmen wollen, gehen die Marxisten einen Schritt weiter und verwandeln deren Eigentum in staatliches Eigentum, ohne das Eigentumsrecht und die daraus resultierende Lohnsklaverei zu beenden. Wenn die Oligarchen in einer Krisensituation noch die Wahl haben, werden sie natürlich immer die Faschisten unterstützen, um wenigstens ihre Eigentumsansprüche zu sichern, woraus sie später neue politische Macht generieren können

Wenn A.Gehlen in seinem Spätwerk „Moral und Hypermoral“ die Übersteigerung bestimmter gesellschaftlicher Verhaltensweisen zu Ungunsten anderer kritisiert, dann fällt mir sofort der Begriff „Cancel Culture“ ein, bei dem Höflinge der großbürgerlichen Oligarchen regelmäßig hypermoralische Hexenjagden auf Abweichler veranstalten, denen sie kulturelle Ketzerei vorwerfen. Diese Erscheinung der Dekadenz als „Gesinnungsmoral“ und damit als Gesinnungskontrolle, zersetzt den politischen Diskurs bis zur Unmöglichkeit, was am Ende auf individuelle und auch auf staatliche Gewalt hinausläuft.

Natürlich kann man seit geraumer Zeit in der großbürgerlichen Oligarchie einen beschleunigten Verfall der schon immer politisch beschnittenen Streitkultur beobachten und eine sich immer mehr verengende Redefreiheit, deren Existenz in Deutschland von Rechtswegen sowieso ausgeschlossen ist und gesetzlich beschränkte Meinungsfreiheit genannt wird. Diesem betreuten Denken springen Moralwächter aus fremdfinanzierten NGO,s eifrig bei und helfen gerne nach, wo der großbürgerliche Staat nicht hinlangen kann. Wo führt das letztendlich aber hin?

Der großbürgerliche Staat, also der Staat reicher Oligarchen, wird immer offensichtlicher als Staat zur Durchsetzung der Interessen reicher „Wirtschaftsführer“ erkannt und verliert seine Maske als Sicherheitsgarant für „alle“ Bürger. Viele NGO,s werden durch die Oligarchen finanziert, oder durch diese oder ihren Staat gleich selbst gegründet und fungieren neben dem bürgerlichen Staat als die Kettenhunde für,s Grobe.

Auch wenn A.Gehlen die Herrschaft der Oligarchen vom Standpunkt des Philosophen einer kleinbürgerlichen Diktatur kritisiert, so ist er durchaus dazu in der Lage gewesen, Erscheinungen von Dekadenz in der gegenwärtigen Herrschaft zu erkennen und so hat er einen echten Vorgriff auf die von ihm erahnte Zukunft formuliert, die wir heute erleben:

„Wenn die Gaukler, Dilettanten, die leichtfüßigen Intellektuellen sich vordrängen, wenn der Wind allgemeiner Hanswursterei sich erhebet, dann lockern sich auch die uralten Institutionen und strengen professionellen Körperschaften: das Recht wird elastisch, die Kunst nervös, die Religion sentimental. Dann erblickt unter dem Schaum das erfahrene Auge schon das Medusenhaupt, der Mensch wird natürlich und alles wird möglich.“ *(Der Mensch im Lichte der Modernen Anthropologie. In: ders: Philosophische Anthropologie und Handlungslehre. Gesamtausgabe Band 4, hg. Von Karl-Siegbert Rehberg, S.133. Für den Freyer-Schüler Gehlen, Freyer war auch ein Nazi, bedeutet „natürlich“ einen Rückbezug auf Rousseau, und damit darauf, dass Rousseauisten »die Jakobiner« wie Robespierre welche die Guillotine bedenkenlos gebrauchen.)*

Wenn sich Andrew Shaffer dieses Zitat selbstkritisch durchlesen würde, könnte er sich vielleicht an mehreren Stellen selbst darin entdecken. Ich gehe nicht davon aus, dass dies geschehen wird, aber vielleicht lesen seine Artverwandten.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Zitat anführen, das sogar auf einen Kolumnisten der New-York-Times verweist, von der A.Shaffer ja als Bestseller gekürt wurde

Unter Berufung auf Barzun charakterisierte der [New-York-Times-Kolumnist Ross Douthat](#) im Februar 2020 Dekadenz als einen Zustand der ökonomischen Stagnation, des Verfalls von Institutionen sowie kultureller und intellektueller Erschöpfung – bei hohem Niveau materiellen Wohlstands und technischer Entwicklung. Douthat sieht den Westen im 21. Jahrhundert in einem von Blockade und Stillstand gekennzeichneten „Zeitalter der Dekadenz“.^[59] Er ist Autor des 2020 bei [Simon & Schuster](#) in New York erschienenen Buches *The decadent society*. Dem US-amerikanischen [Nachrichtenportal Vox](#) zufolge ist "Douthats Definition einer 'dekadenten Gesellschaft' (...), dass wir in einem abgestandenen System gefangen sind, das sich fortwährend auf der Stelle dreht und die immergleichen Debatten und Verdrossenheiten reproduziert".^[60]

(Zitat aus Wikipedia Deutschland zum Begriff Dekadenz)

J. M. Hackbarth

Irrtümer bezüglich Wissenschaft in Corona-Zeiten

(Serie Teil 5:)

Die Situation rund um Corona hat dazu geführt, dass breite Teile der Bevölkerung für die Wissenschaft bzw. wissenschaftliche Erkenntnisse sensibilisiert wurden. Allerdings wird durch Politik und Medien ein häufig verzerrter Eindruck von Forschung vermittelt, den die Leute dann unkritisch übernehmen. Daher will ich als Gesundheitswissenschaftler im Rahmen dieser Serie mit einigen Annahmen zu Prinzipien und Arbeitsweisen der Wissenschaft in Zusammenhang mit Corona aufräumen, die meines Erachtens schlicht und einfach Irrtümer sind.

Irrtum: Die Wissenschaft ist unabhängig

Es gibt Vorstellungen, die alle Wissenschaftler als aufrechte Kämpfer für Wahrheit und Fortschritt betrachten. Oder als unabhängige, ideologiebefreite Vordenker, die an keinerlei Weisungen gebunden sind und sich einzig und allein dem Erkenntnisgewinn verpflichtet fühlen. Vielleicht erinnert sich auch noch jemand an den ersten Teil dieser Serie, in der ich Unvoreingenommenheit, Offenheit für Neues und den Widerstreit unterschiedlicher Positionen als Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens benannt habe. Das Problem an all diesen Zuschreibungen ist jedoch Folgendes: Es handelt sich um Idealbilder, die leider häufig nicht unbedingt der Realität entsprechen.

Denn die Wissenschaft ist weit davon entfernt, frei zu sein bzw. frei zu agieren, da Interessenkonflikte das Handeln der Forschenden beeinflussen können. Definieren lassen sich Interessenkonflikte als Umstände, die das Potential bergen, dass professionelle Einschätzungen oder Handlungen bezüglich primärer Interessen in unangemessener Weise von sekundären Interessen beeinflusst werden ([Link zu Quelle](#)). Das primäre Interesse in der Wissenschaft ist deren grundlegendes Ziel, ein unvoreingenommener, ehrlicher, ergebnisoffener und möglichst reichhaltiger Erkenntnisgewinn. Im Gegensatz dazu dienen sekundäre Interessen nicht mehr diesem Ziel, sondern sind vielmehr persönlicher Natur. Unterschieden werden kann dabei grundsätzlich zwischen materiellen bzw. finanziellen Interessenkonflikten und nicht-materiellen. Beachtenswert dabei ist, dass ein Interessenkonflikt nicht erst vorliegt, wenn eine tatsächliche bzw. offensichtliche Beeinflussung des primären Interesses durch ein sekundäres stattgefunden hat, sondern dass man auch schon von Interessenkonflikten spricht, wenn die Umstände allein die Gefahr bergen, dass eine derartige Beeinflussung stattfinden kann.

Ein klassisches Beispiel für einen materiellen bzw. finanziellen Interessenkonflikt ist die Pharmaforschung. Die in diesem Bereich arbeitenden Wissenschaftler sind für einen Arbeitgeber tätig, der ein wirtschaftliches Interesse daran hat, seine Produkte möglichst gewinnbringend zu veräußern. Diese gewinnbringende Veräußerung kann durch Studienergebnisse in eine bestimmte Richtung unterstützt werden. Der Spruch „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ gilt natürlich auch für

Wissenschaftler und die Erwartungshaltung des Arbeitgebers für bestimmte Ergebnisse kann Forschende bewusst oder unbewusst in ihrer Arbeit beeinflussen, so dass in diesem Fall definitiv ein Interessenkonflikt vorliegt. Und dieser Interessenkonflikt hat nicht nur das Potential einer unangemessenen Beeinflussung, sondern auch tatsächliche derartige Folgen. So belegen z. B. Forschungen, dass von Pharmaunternehmen finanzierte Studien mit höherer Wahrscheinlichkeit ein für das betreffende Unternehmen vorteilhaftes Ergebnis zeigen als vergleichbare Studien mit unabhängiger Finanzierung ([Link zu Quelle](#)). Doch nicht nur die direkte Finanzierung durch die Industrie kann zu materiellen Interessenkonflikten führen. Auch die Konfrontation mit industriellem Marketing bzw. die Annahme von Vergünstigungen durch die Industrie seitens von ihr unabhängig beschäftigter Forschender (z. B. Angestellte oder Leitungen von Forschungsinstituten) stellt einen Interessenkonflikt dar. Die Marketingmethoden sind dabei vielfältig, z. B. der Besuch von Industrievertretern, aber auch Werbeanzeigen und -broschüren, zu den Vergünstigungen zählen bspw. kleinere und größere Geschenke oder die Bezahlung der oft nicht unerheblichen Teilnahmegebühren für wissenschaftliche Kongresse. All diese Marketingstrategien haben das Ziel, mittels psychologischer Mechanismen die Forschenden zu beeinflussen. Von dem sympathischen Industrievertreter, mit dem man per Du ist, lässt man sich einfach leichter etwas empfehlen und bei Geschenken greift zum Beispiel die Reziprozität, das menschliche Bedürfnis, einen erwiesenen Gefallen zurückzugeben. Viele Forschende, aber auch Praktizierende im Gesundheitswesen neigen dazu, den potentiellen Einfluss von industriellem Marketing massiv zu unterschätzen bzw. halten sich selbst für nicht beeinflussbar, was man ganz klar als Fehlannahme ansehen kann. Im Gegenteil, der Glaube an die eigene Nichtbeeinflussbarkeit kann zu einer „Resistenzillusion“ führen, die einen erst recht beeinflussbar macht ([Link zu Quelle](#)), weil man sich mit dieser Einstellung z. B. weniger selbst reflektiert.

Neben den materiellen Interessenkonflikten spielen auch nicht-materielle eine enorme Rolle. Meines Erachtens sind sie sogar die deutlich problematischeren Interessenkonflikte, da sie viel verbreiteter und viel weniger offensichtlich und nachvollziehbar auftreten. Zu den nicht-materiellen Interessenkonflikten zählt z. B. das Streben nach Karriere bzw. nach der Zugehörigkeit bestimmter wissenschaftlicher Stoßrichtungen, die nicht unbedingt immer ergebnisoffen denken, sondern durchaus Theorien und Ansätze sehr dogmatisch vertreten können. Ein anderer Interessenkonflikt resultiert aus dem sehr kritisch zu betrachtenden Wissenschaftsprinzip „Publish or perish!“ (Publiziere oder stirb!). Das bedeutet, der Wert eines Wissenschaftlers wird anhand der Anzahl seiner Publikationen gemessen, ein sehr oberflächliches Prinzip, das dazu führt, dass buchstäblich jeder unwichtige „Kram“ veröffentlicht wird und das am besten scheinbar in Salami-Taktik, um möglichst viele Publikationen zu generieren. Dabei nehmen Verlage eine besonders unrühmliche Rolle ein. Will man als Wissenschaftler in einer angesehenen Zeitschrift publizieren, muss man sein Manuskript diesem Journal mundgerecht anhand deren Formatierungsrichtlinien vorbereiten. Auch das Peer Review Verfahren, das Begutachten von Artikeln durch externe Experten, wird in der Regel unentgeltlich von Wissenschaftlern für die Verlage vorgenommen. Die

Fachzeitschriften bzw. deren Verlage machen mit den aufbereiteten und begutachteten Artikeln Profit, indem sie diese nur für Zahlende zugänglich machen, obwohl es sich in vielen Fällen um öffentliche, d. h. vom Steuerzahler finanzierte Forschung handelt, deren Ergebnisse eigentlich allen Menschen zur Verfügung gestellt werden müssten. Man kann die Verlage aus meiner Sicht also getrost als Schmarotzer bezeichnen, die sich am Wissenschaftsbetrieb bereichern und gleichzeitig die freie Verbreitung von Forschungsergebnissen behindern. Im Hinblick auf Interessenkonflikte in der Wissenschaft werden sie insofern relevant, als dass man einerseits als Forscher dieses unwürdige Spiel mitspielen muss, um überhaupt zu wissenschaftlicher Reputation zu gelangen. Andererseits werden „positive“ Forschungsergebnisse, in denen z. B. der Nutzen einer Maßnahme belegt wird, tendenziell häufiger zur Publikation angenommen als „negative“ Ergebnisse in denen sich bspw. eine Maßnahme als nutzlos herausstellt ([Link zu Quelle](#)). Dies kann Forschende dazu verleiten, möglichst „positive“ Forschungsergebnisse zu produzieren. Dazu müssen nicht immer Ergebnisse gefälscht werden im Sinne einer kriminellen Handlung, sondern es reicht häufig aus, die Forschungsmethodik so anzupassen, dass sie mit höherer Wahrscheinlichkeit gut klingende Ergebnisse produziert. Zum Beispiel, indem man, wie in Teil 2 dieser Serie anhand der Wirksamkeitsstudie des Biontech-Impfstoffs beschrieben, relative anstatt absolute Effektmaße verwendet.

Doch nicht immer müssen nicht-materielle Interessenkonflikte Gegebenheiten darstellen die von den betreffenden Forschenden bewusst wahrgenommen werden. Wissenschaftler sind auch nur Menschen und können sich als solche eben nicht in jeglicher Hinsicht neutral verhalten. Ein Forschender, der für eine bestimmte Theorie „brennt“ bzw. fest von ihr überzeugt ist, wird sich diesem Thema möglicherweise nicht mehr ergebnisoffen nähern. Ebenso, wie es wohl schwer zu akzeptieren sein dürfte, jahrelang mit Begeisterung und Überzeugung an einer Maßnahme geforscht zu haben, die sich am Ende vielleicht als völlig nutzlos herausstellt (obwohl auch dies ein legitimes Forschungsergebnis sein kann und nicht schlechte Forschung oder Unfähigkeit des Forschenden bedeuten muss). Wie stark sich Voreingenommenheit bzw. Erwartungen der Forschenden auf Forschungsergebnisse auswirken können, belegt ein Experiment vom Psychologen Robert Rosenthal: In diesem Experiment wurden zwei Gruppen von Studierenden Laborratten zugeteilt. Die eine Gruppe erhielt gezielt auf Intelligenz gezüchtete Ratten, die andere gezielt auf „Dummheit“ gezüchtete. Die Studierenden sollten bewerten, wie gut/schnell die Ratten durch einen Irrgarten laufen können. Erwartungsgemäß zeigten die intelligenten Ratten deutlich bessere Ergebnisse. Das eigentliche Experiment war aber ein anderes. Denn in Wirklichkeit handelte es sich bei beiden Gruppen um Ratten mit der exakt gleichen genetischen Abstammung und die Voreingenommenheit der Studierenden war der Hauptgrund für die unterschiedlichen Ergebnisse. Dieser Effekt der Verzerrung von Studienergebnissen durch Erwartungen, Einstellungen und Überzeugungen der Forschenden wird als Rosenthal-Effekt bezeichnet ([Link zu Quelle](#)) und die Gefahr der Verzerrung steigt, je subjektiver das Ergebnismaß der jeweiligen Studie ist. Der Umgang mit derartigen Interessenkonflikten ist aus meiner Sicht besonders schwierig, da sich im Grunde kein Forschender davon frei machen kann. Die einzigen Strategien zur Begegnung dürften

ein gehöriges Maß an Selbstreflexion und die Zusammenarbeit mit anderen Forschenden sein, die differenzierte Perspektiven einbringen.

Es gibt also diverse Interessenkonflikte, die eine völlige Freiheit der Wissenschaft im Hinblick auf das Ziel eines (ergebnis-)offenen Erkenntnisgewinns verhindern. Und unter dieser Betrachtung sollte man sich die Frage stellen, wie frei ist die Wissenschaft im Umgang mit Corona überhaupt bzw. wie frei kann sie überhaupt sein? Das Thema Corona ist emotional enorm aufgeladen und gesellschaftsspaltend, die Meinungsführer in Politik und Medien beleuchten es im Wesentlichen extrem einseitig und stellen abweichende Meinungen gerne in eine negative „Schmuddelecke“. Dieser Zustand macht auch vor der Wissenschaft nicht halt, die aus meiner Sicht niemals losgelöst von bestehenden Machtstrukturen agieren kann, und beeinflusst ihr Handeln auf verschiedene Weise. Einerseits in positiver Hinsicht, dass politisch „genehme“ Aussagen und Forschungsergebnisse die Reputation und Karrierechancen erhöhen können. Wenn das Innenministerium gezielt Forschende eingespannt hat, um möglichst angstmachende Modellrechnungen zu erstellen, die den Lockdown der Bevölkerung schmackhaft machen sollen ([Link zu Quelle](#)), dann ist das sicherlich nur ein Beispiel dafür, dass die Politik aktiv Einfluss auf die Wissenschaft zu nehmen versucht. Und es ist zu erwarten, dass den mitmachenden Forschenden ihr „selbstloser“ Einsatz sicherlich angemessen vergolten wird. Ebenso wie zu erwarten ist, dass Wissenschaftler wie Herr Drosten oder Frau Brinkman in Zukunft sicherlich leichter an Fördergelder oder lukrative Beraterposten kommen werden, von der Bekanntheit und Reputation ganz zu schweigen. Und abgesehen davon haben sie sich solche Leute meiner Meinung nach, ähnlich wie die Politik, in eine absolute Sackgasse manövriert, aus der es kein Zurück mehr gibt, ohne das Gesicht zu verlieren. Wie stände denn ein Herr Drosten da, wenn er plötzlich verkünden würde, die Inzidenz, festgestellt mit dem von ihm entwickelten Test, ist doch keine zuverlässiger Parameter zur Erfassung des Infektionsgeschehens? Also bleibt nur übrig, den bisher eingeschlagenen Weg weiterzugehen, notfalls bis zum bitteren Ende. Auf der anderen Seite werden kritische Stimmen aus der Wissenschaft teilweise massiv unter Druck gesetzt. Ohne hier einen konkreten Namen zu nennen, kenne ich einen Forschungskollegen, dem seitens seines Arbeitgebers verboten wurde, sich kritisch zum Thema zu äußern. Das ist doch ein absolut starkes Stück. Aber nicht nur bezüglich ihres Arbeitgebers haben kritische Forschende möglicherweise Repressionen zu befürchten, auch im Umgang mit anderen Wissenschaftlern oder Fachgesellschaften können sich Nachteile ergeben. So wurde bereits am 19. Februar, als sich das Corona-Virus weltweit auszubreiten begann, in der angesehenen Fachzeitschrift Lancet ein von 27 namhaften Wissenschaftlern (darunter auch Christian Drosten) und Vorständen wissenschaftlicher Fachgesellschaften unterschriebenes Statement veröffentlicht. In diesem Statement ging es vor allem darum, Verschwörungstheorien vorzubeugen und man erklärte, dass ein Laborursprung von Corona quasi ausgeschlossen sei ([Link zu Quelle](#)). Mich persönlich machen solche zu einem derartig frühen Zeitpunkt verkündeten Absolutheiten ja irgendwie erst recht stutzig. Aber fast noch wichtiger erscheint mir, dass man diesen vermeintlich gut gemeinten Appell an wissenschaftliche Einigkeit durchaus als unterschwellige Drohung betrachten könnte, um weitere Forschungen in diese Richtung zu

unterbinden. Schließlich will man sich als Wissenschaftler ja ungern mit dutzenden Koryphäen und Fachgesellschaften anlegen und dadurch mögliche Karriere- und Vernetzungswege verbauen. Nebenbei gesagt gibt es durchaus auch später erforschte Hinweise, die einen Laborursprung von Corona eben nicht ausschließen ([Link zu Quelle](#)). Dass die betreffende Publikation zuvor von sieben wissenschaftlichen Fachzeitschriften verweigert wurde und die durchführende Forscherin sich wünschte, sie hätte diese Ergebnisse nie herausgefunden, lässt tief blicken, wie es um die Offenheit der Wissenschaft unter politischem Druck bestellt ist ([Link zu Quelle](#)).

Zusammenfassend kann ich, obwohl ich selbst Wissenschaftler bin, allen nur dringend empfehlen, auch die Forschung bzw. Forschungsergebnisse dahingehend kritisch zu betrachten, in welcher Position bzw. Rolle die jeweils Verantwortlichen sich befinden und ob in diesem Zusammenhang Interessenkonflikte welcher Art auch immer vorliegen könnten. Diese Betrachtung sollte selbstverständlich in alle Richtungen erfolgen, auch in die Gegenteilige. So kann man durchaus reflektieren, ob es für einen Herrn Bhakdi unbedingt nötig gewesen wäre, ein weiteres 15 Euro Buch zu verkaufen oder ob er seine kritischen Positionen nicht auch an anderer Stelle hätte darstellen können, wenn es primär um Aufklärung gehen sollte. Aber derartige Einschätzungen und daraus resultierende Schlussfolgerungen bleiben natürlich jedem selbst überlassen. Es wäre denke ich aber sehr viel gewonnen, wenn jedem bewusst wird, dass der kritisch-reflektierende Verstand auch vor Aussagen, Einschätzungen und Ergebnissen aus der Wissenschaft nicht Halt machen sollte.

Daniel Düsentrieb



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Philosophenclub der Lohnarbeitenden
HOMER FREIHEIT

Juli-Heft vom 31.07.2020 Nr. 03/2020

Im Kreuzverhör zum Thema „Volkseigentum oder Gemeinbesitz?“
- von Jürgen Michael Hackbarth,
Ronald Rausch,
Holger Thurow-N.

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen, am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“
- von Jürgen Michael Hackbarth

Was ist Radikaldemokratie?
- von Jürgen Michael Hackbarth

Oberflächlichkeit im Visier: —→ Zeitschrift „philosophie“ zum Thema Pazifismus
- von Holger Thurow-N.

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



06/2020 M.H.

FREE SLAVE PROJECT

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Philosophenclub der Lohnarbeitenden
HOMER FREIHEIT

August/September/Oktober-Heft vom 30.09.2020 Nr. 04/2020

Im Visier: „Der blinde Fleck“ zum Thema Eigentum, von Holger Thurow-N.

Radikaldemokratie mit Besitzrecht gegen Repräsentativdemokratie mit Eigentumsrecht!
von Jürgen Michael Hackbarth

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen - Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 03/20, Juli 2020), von Jürgen Michael Hackbarth

UND ES WAR NICHT MEINE SCHULD, WO ICH WAR, ODER WAS ICH TRUG!

Y LA CULPA NO ERA MIA, NI DONDE ESTABA, NI COMO VESTIA!

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



FREE SLAVE PROJECT

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Philosophenclub der Lohnarbeitenden
HOMER FREIHEIT

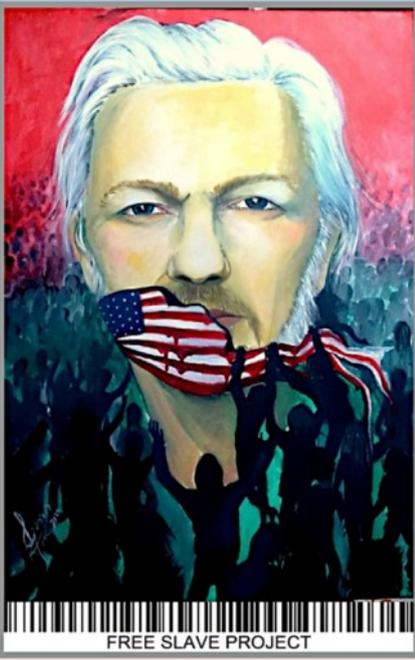
November/Dezember-Heft vom 10.12.2020 Nr. 05/2020

Die Leitidee der Eigentums-gesellschaft ist unmoralisch!
Echo auf das Interview des Magazins „philosophie“ mit Markus Gabriel, Professor für Philosophie und Erkenntnistheorie an der Universität Bonn
von: Holger Thurow-N.

Die Herrschaft des Eigentumsrechts schließt Demokratie/Volksherrschaft im Sinne des Wortes aus!
Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus Heft 04/20)
von: Jürgen-Michael Hackbarth

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



FREE SLAVE PROJECT

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Philosophenclub der Lohnarbeitenden
HOMER FREIHEIT

Januar/Februar-Heft vom 28.02.2021 Nr. 01/2021

Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen
Am Beispiel der Trilogie: „Die Tribute von Panem“ (Fortsetzung aus dem Heft 05/20)
- von J. M. Hackbarth

Interview mit Rainer Mausfeld
Frage zum Thema Eigentum und Besitz
- von J. M. Hackbarth

Diktaturvisionen – eine Gefahr für die Freiheit!
Begleitung der Zeitschrift „philosophie“
- von Holger Thurow-N.

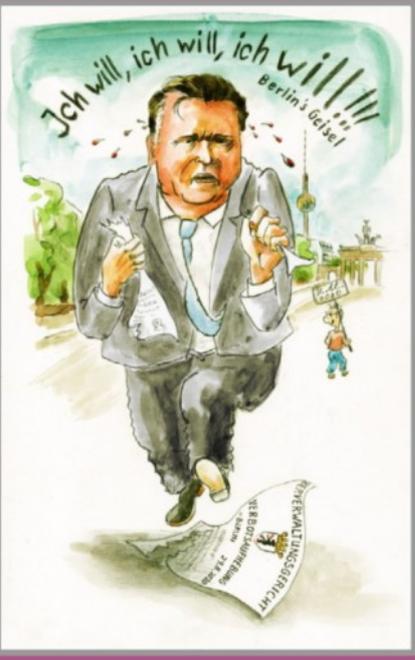
Was ist aus der radikal-demokratischen Jugend der FDP geworden?
(Fortsetzung aus Nr. 5/20)
- von J. M. Hackbarth

Der freie Fall in die Diktatur? Oder gibt es Alternativen?
- von Johannes Schubert

„Ich will, ich will, ich will!!!“
Berlin's Geisel

Ein Projekt unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG)
<http://deraufstand.wihuman.de>

CC BY SA



FREE SLAVE PROJECT